

SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonalparteien 2/3 Interview 13 Unter Freisinnigen 17 Bundesratswahlen 20/21
Sessionsvorschau 10 Parlamentarier 14/15/16 Wahlanalyse 18/19 Initiative Bürokratie-Stopp! 23

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Ihre liberale Kraft in Bern 2011–2015



Altherr Hans AR



Bourgeois Jacques FR



Caroni Andrea AR



Cassis Ignazio TI



Comte Raphaël NE



Derder Fathi VD



Eder Joachim ZG



Eichenberger Corina AG



Favre Laurent NE



Feller Olivier VD



Fiala Doris ZH



Fluri Kurt SO



Francais Olivier VD



Freitag Pankraz GL



Germanier Jean-René VS



Gössi Petra SZ



Hess Hans OW



Hiltbold Hugues GE



Huber Gabi UR



Hutter Markus ZH



Ineichen Otto LU



Keller-Sutter Karin SG



Leutenegger Filippo ZH



Lüscher Christian GE



Malama Peter BS



Markwalder Christa BE



Moret Isabelle VD



Müller Philipp AG



Müller Walter SG



Noser Ruedi ZH



Pelli Fulvio TI



Pezzatti Bruno ZG



Ribaux Alain NE



Schmid Martin GR



Schneeberger Daniela BL



Theiler Georges LU



Vitali Albert LU



Wasserfallen Christian BE

Im 2. Wahlgang für den Ständerat treten folgende FDP-Kandidierende an:
(Redaktionsschluss war vor den zweiten Wahlgängen in einigen Kantonen)



Abate Fabio TI



Egerszegi Christine AG



Fluri Kurt SO



Gutzwiller Felix ZH



Pedrazzini Vincenzo SZ

Wahlen 2011: Erfahrungsberichte

Schwyz

Erfolg im Kanton Schwyz

Vor 8 Jahren verlor die FDP im Kanton Schwyz sowohl den Ständerats- als auch den Nationalrats-sitz. Jetzt ist die Partei wieder fit.

**Vincenzo Pedrazzini, Präsident
FDP.Die Liberalen Schwyz**

2003 war ein schwarzes Jahr für die FDP. Der Sitz des zurücktretenden Ständerates konnte nicht verteidigt werden. Der Nationalrats-sitz ging ebenfalls verloren. Doch anstatt den Kopf in den Sand zu stecken und zu trauern, hat sich die FDP Kanton Schwyz erneuert. Dies insbesondere

auf der personellen und der organisatorischen Ebene. Organisatorisch wurde der Kontakt mit der Parteibasis wieder hergestellt. Die Ortsparteien wurden reaktiviert und Veranstaltungen für alle Mitglieder organisiert. Auf der personellen Ebene wurde Aufbauarbeit geleistet. Junge Kräfte wurden gefördert und in Position gebracht. Bestes Beispiel ist die jetzt gewählte Nationalrätin Petra Gössi. 2003 wurde sie in den

Kantonsrat gewählt. Als Parteisekretärin und danach als Fraktionschefin wurde sie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Bereits 2007 kandidierte sie auf Listenplatz 3 und sammelte Erfahrungen im Wahlkampf. 2011 startete sie von Listenplatz 1 und erreichte souverän den Sitz im Nationalrat. Mit 35 Jahren gehört sie zu den Jungen im Nationalrat. Bereits 2010 konnte mit Kaspar Michel ein Regie-

rungsratsmandat zurückerobert werden. Auch er war über längere Zeit in Partei und Fraktion als Sekretär aktiv, bevor er mit nur 40 Jahren mit einem Glanzresultat gewählt wurde. Besonders erfreulich ist, dass weitere Junge in Reih und Glied stehen. Wir werden weiterhin den Aufbau von jungen Köpfen vorantreiben, um in Zukunft erfolgreich zu sein. Erfolg braucht Zeit, Ausdauer, Mut und Vertrauen in die Jugend.

Zug

2 Sitze: Erneuerung und Comeback geglückt

**Andreas Kleeb, Präsident
FDP.Die Liberalen Zug**

Dank Allianzen und einer geschickten Personalpolitik konnte in Zug der Nationalrats-sitz zurückerobert und der Ständeratssitz gehalten werden. Mit einem hervorragenden Resultat folgt Joachim Eder dem nicht mehr antretenden Ständerat Rolf Schweiger. Mit 22571 Stimmen überflügelte Eder sogar den wieder kandidierenden CVP-Ständerat Peter Bieri und erreichte das beste Resultat, das je ein FDP-Ständerat im Kanton Zug erzielte. Unter dieser Ausgangslage wird die FDP den Sitz im Stöckli für mindestens weitere acht Jahre sichern können. Noch am Wahlsonntag hat Eder seine offizielle Demission als Regierungsrat angekündigt. Da die Zuger Exekutive nach dem Proporz gewählt wird, ermöglicht dies ein Nachrutschen von Urs Hürlimann als neuer Gesundheitsdirektor. Damit ist auch dieser Regierungsratssitz für zwei weitere Legislaturen gesichert. Und als «Sahne-



Kantonsrätin und NR-Kandidatin Maja Dübendorfer Christen, der neugewählte Ständerat Joachim Eder und NR-Kandidat Marco Schmid gemeinsam am Versand der Wahlkampfbriefe.

häubchen» schaffte die FDP nach acht Jahren auf Kosten des grün-alternativen Jo Lang die Rückkehr in die Grosse Kammer. Neu wird Bruno Pezzatti

aus Menzingen zusammen mit dem bisherigen Nationalrat Gerhard Pfister, CVP, und einem SVP-Vertreter den Kanton Zug wieder in einer rein

bürgerlichen Vertretung im Nationalrat repräsentieren.

In Zug hat die FDP wieder angefangen, neben Steuern und Bürokratie-Bekämpfung gezielt(e) Politik für den Mittelstand zu machen. So verfolgt sie das für Zug heisse Thema Wohnen und setzt sich zum Beispiel für das betreute Wohnen für den Mittelstand ein. Zielgruppengerichtete Politik wird auch in Zug immer wichtiger, darum wurde kürzlich die FDP-Sektion Top60 gegründet, die sich den Themen der älter werdenden Generation annimmt.

Bereits im Hinblick auf die kantonalen Wahlen 2010 wurden ein mögliches Szenario einer Ablösung im Ständerat und ein damit zusammenhängendes Nachrutschen in der Kantonsregierung vorprogrammiert.

Weiter zum Erfolg geführt hat zweifelsohne die politische Allianz mit der CVP über die Wahlen hinaus sowie der engagierte Wahlkampf von allen Kandidierenden auf den FDP- und CVP-Listen.

aus einigen Kantonen

Graubünden

Bündner FDP nach 76 Jahren mit Martin Schmid wieder im Ständerat

Silvio Zuccolini, Pressechef
FDP.Die Liberalen Graubünden

Nachdem die beiden Ständeratssitze – langjährig durch die CVP und SVP besetzt – infolge Demissionen frei wurden, hat sich der Bündner Regierungspräsident und erfolgreiche Finanzdirektor Martin Schmid bereit erklärt, als Ständerat zu kandidieren. Diese Nachricht war für die FDP-Geschäftsleitung Grund genug, alles daran zu setzen, dass Martin Schmid als Ständeratskandidat nominiert wird. Dies geschah im Beisein von Bundesrat Didier Burkhalter am 18. Mai 2011, wo er mit Standing Ovationen nominiert wurde. Im Wahlkampf führte er mit seinem ehemaligen Regierungskolle-



Der neugewählte Ständerat Martin Schmid an einem seiner zahlreichen Auftritte im Wahlkampf.

gen, Stefan Engler, der ebenfalls als Ständerat kandidierte, Begegnungsan-

lässe mit der Bevölkerung in verschiedenen Regionen durch. Beide wurden glanzvoll am 23. Oktober gewählt.

Der 42-jährige Martin Schmid aus Splügen ist nach 76 Jahren Absenz der FDP als Standesvertreter gewählt worden. Der letzte Amtsträger im Ständerat war der Davoser Andreas Laely in den Jahren 1913–1935, davon im Jahr 1932/1933 als Präsident des Ständerates. Regierungspräsident Martin Schmid wird per 5. Dezember seine neunjährige erfolgreiche Regierungstätigkeit in zwei Departementen, zuletzt als Finanzdirektor, beenden. Der Neu-Ständerat Martin Schmid wird sich in Bern für eine Politik einsetzen, welche die Schweiz als attraktiver Wohn-, Bildungs- und Arbeitsstandort

positioniert. Dazu gehöre nach Auffassung von Martin Schmid unter anderem eine solide Finanz- und attraktive Steuerpolitik mit einem fairen Finanzausgleich (NFA), eine innovative Bildungs- und eine wachstumsfreundliche KMU-Politik mit den Kantonen. Er betrachtet sich in Bern als Botschafter für eine starke und erfolgreiche Schweiz mit vielen Arbeitsplätzen und einem besonderen Augenmerk für die Entwicklung der Gebirgskantone.

Die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Graubünden ist stolz auf die Wahl ihres Ständerates Martin Schmid, leider ist die Wiederwahl von Nationalrat Tarzisius Caviezel nicht geglückt. Lieber Martin, wir wünschen dir in Bern viel Erfolg und Befriedigung.

Zürich

Mit FDP-Lovemobiles durch den Kanton Zürich

Jérôme Weber, Fraktionssekretär
FDP.Die Liberalen Zürich

Im Kanton Zürich galt es gerade wegen neuer starker politischer Konkurrenz den vierten Nationalratssitz sowie den bisherigen Ständeratssitz mit Felix Gutzwiller zu verteidigen.

Nebst einer eigenen, auf den Kanton Zürich abgestimmten Wahlzeitung mit Porträts aller 34 Kandidatinnen und Kandidaten legte die FDP ihren Hauptfokus im Wahlkampf auf das «FDP-Lovemobile». Die Wahlzeitung wurde Ende September in über 700 000 Haushalte flächendeckend im ganzen Kanton verschickt. Unsere topmotivierten Nationalratskandidatinnen und Kandidaten sowie Ständerat Felix Gutzwiller besuchten mit unseren



zwei FDP-gestylten «Lovemobiles» insgesamt 14 Ortschaften im ganzen Kanton Zürich. «FDP on the Road!»

und «Freiheit stärken. Aus Liebe zur Schweiz» waren die Slogans unserer Roadshow. Die beteiligten Ortspartei-

en scheuten keine Mühe, den Anlass vor Ort mit Wettbewerben, Gipfeli, Kaffee und anderen Köstlichkeiten zu bereichern. Ein Dankeschön allen Beteiligten für den enormen Einsatz!

Noch ist im Kanton Zürich der Wahlkampf nicht ganz vorbei. Am 27. November entscheidet sich im 2. Wahlgang, wer unseren Kanton im Ständerat vertreten wird. Die Chancen für Felix Gutzwiller sind intakt, trotzdem ist es wichtig, dass wir Freisinnige nochmals mit Vollgas für unseren Ständeratskandidaten eintreten. So wurde in den letzten Wochen der ganze Kanton Zürich mit über 300 Wildplakaten durch unsere Orts- und Bezirksparteien eingedeckt. Die FDP Kanton Zürich kämpft für eine starke FDP. Aus Liebe zur Schweiz.

Jahresbericht des Präsidenten

Viele Höhepunkte mit Vertretern aus der Wirtschaft und Verwaltung

Beat Schlatter, Präsident
FDP.Die Liberalen Service Public

Am 3. November 2011 führte die FDP Service Public ihre ordentliche Generalversammlung durch. Der Anlass wurde von rund 30 Mitgliedern besucht. Dies ist grundsätzlich ein Erfolg, aber leider mussten viele der eingeladenen Gäste, teilweise kurzfristig, ihre Teilnahme absagen. Wir müssen uns an dieser Stelle überlegen, ob wir das Datum der GV nicht in die Wintersession hineinverlegen wollen. Vielleicht bringt das mehr Gäste. Einen herzlichen Dank geht an dieser Stelle an Samuel Lanz, Präsident FDP International, welcher extra von Basel angereist ist.

Des Weiteren haben wir im Vorstand einige Mutationen zu vermelden. Zum einen verlassen nach langen Jahren Eva Schneeberger und Vera Marantelli das Führungsgremium. Den beiden Damen, welche dem Ruf ihres Arbeitgebers, des Bundesverwaltungsgerichtes, nach St. Gallen folgen werden, sei hier ein riesengrosses Dankeschön für ihre aufopfernde Arbeit zu Gunsten der liberalen Idee.

Als Ersatz konnte Michelle Nyfeler, Juristin beim BAG, zu einer Arbeit im Vorstand begeistert werden.

In der Folge sei es gestattet, den Jahresbericht wiederzugeben. Damit können auch Mitglieder und Gäste, welche an einer Teilnahme verhindert waren, einen Einblick ins vergangene Geschäftsjahr erhalten.

GV 2011: Jahresbericht des Präsidenten

Die letztjährige Generalversammlung vom 4. November 2010 hat mich zum Präsidenten der *FDP.Die Liberalen Service Public* gewählt. Ich fühle mich geehrt, dieser Vereinigung vorstehen zu dürfen.

In meinem ersten offiziellen Amtsjahr ging es hauptsächlich darum, die bis dahin guten Beziehungen zur FDP



Das langjährige Vorstandsmitglied Eva Schneeberger wird vom Präsidenten verdankt.

Schweiz und andern Organisationen der FDP auszubauen.

Veranstaltungen im 2011

■ Am 9. Februar durften wir unseren Parteipräsidenten Fulvio Pelli als Gast begrüßen. Er informierte uns aus erster Hand über die Wahlen vom Herbst.

■ Den Fraktionsapéro vom 15. März bestritt als Referent Jürg Bucher, Konzernchef der Schweizerischen Post. Der ungewöhnlich hohe Mitgliederaufmarsch zeigte, welch interessanter Gast hier an unserer Veranstaltung war.

■ Auch dieses Jahr nahmen wieder mehrere Vertreter unserer Vereinigung am traditionellen Fraktionsausflug, welcher nach Lausanne führte, teil. Aufgrund des in diesem Jahr angestandenen nationalen Wahlkampfes war es mir als Präsident nicht möglich, am Fraktionsausflug teilzunehmen.

■ Am 14. Juni durften wir den CEO der BLS, Bernard Guillelmon, als Referent begrüßen. Leider besuchten nur gerade 17 Personen diesen Anlass, welcher hochinteressante Informationen zum Thema des schweizerischen Schienentransportes (Personen und Güter) bot.

■ Der traditionelle Boccia-Anlass musste aus organisatorischen Gründen kurzfristig abgesagt werden. Leider wurden wir nicht über einen Besitzerwechsel im Dalmaziquai orientiert. Und beim Lokal wurde anlässlich des Besitzerwechsels unsere vorjährige Reservation nicht weitergegeben.

■ Auch im Jahre 2011 hatten wir die Ehre, einen Bundesrat begrüßen zu dürfen. Didier Burkhalter beehrte uns am 13. September mit seiner Anwesenheit. Im Schweizerischen Alpinen Museum brachte uns der Bundesrat die aktuelle Situation im Gesundheitswesen näher. Im Anschluss daran konnten in einer offenen Diskussionsrunde die diversen Punkte des Service Public (Bekanntheitsgrad, bundesinterne Vernetzung) angesprochen werden. Bei dieser Gelegenheit sicherte uns Bundesrat Burkhalter seine Unterstützung für diese Anliegen zu.

Aus dem Vorstand

■ Das kommende Vereinsjahr bringt uns zwei personelle Veränderungen. Nach langjähriger Tätigkeit im Vorstand treten Eva Schneeberger und Vera Marantelli von ihren Ämtern als Protokollführerin respektive Bei-

sitzerin zurück. Beide folgen per Mitte 2012 ihrem Arbeitgeber, dem Bundesverwaltungsgericht, nach St. Gallen. An dieser Stelle sei den beiden für die geleistete Arbeit der allerherzlichste Dank ausgesprochen.

■ Als neue Beisitzerin konnte Michelle Nyfeler, Juristin beim BAG, gewonnen werden. Ich wünsche Michelle Nyfeler in ihrer Tätigkeit viel Befriedigung.

Ausblick

Ein Thema, welches uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird, ist die Bekanntmachung unserer Vereinigung. Dies sowohl in der Bundesverwaltung wie auch in den Kantonen und Gemeinden. Ich stelle in persönlichen Gesprächen immer wieder fest, dass nicht alle Bundesangestellten, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung kennen. Die Behebung dieses «Missstandes» soll das Schwerkrieg der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen aufzutreten hat.

Die Jahre 2012 und 2013 werden unter dem Motto «Wirtschaft und Verwaltung» stehen. Unter dieser Prämisse soll auch das Jahresprogramm gestaltet sein. Als erster Referent hat uns bereits Alexandre Schmidt, Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung und Mitglied der FDP Service Public, zugesagt.

Mit weiteren hochrangigen Vertretern aus der Wirtschaft (Dr. Konrad Hummler, Valentin Vogt und Hans-Ulrich Bigler) laufen noch die detaillierten Terminverhandlungen. Ebenso ist die Absicht, im kommenden Jahr noch einen Anlass mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann durchführen zu können.

FEMEN – die neue Frauenbewegung?

Carmen Walker Späh, Präsidentin, und Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP. Die Liberalen Frauen

Die «Nicht mehr oben ohne»-Kampagne der FDP Frauen wird auch nach den Wahlen intensiv und kontrovers diskutiert. Darf Frau, was Mann schon lange darf, nämlich Haut für eine politische Forderung zeigen? Mit den nackten Schultern auf dem «Nicht mehr oben ohne»-Sujet sind die FDP Frauen Schweiz neue Wege in der Kommunikation gegangen, haben provoziert und für Gesprächsstoff gesorgt. Und jetzt kommt schon wieder eine Frauenbewegung, die mit vollem Körpereinsatz, laut und frech, für Frauenrechte kämpft, FEMEN. Die Frauenbewegung FEMEN aus der Ukraine schafft es mit ihren provokativen Aktionen in ganz Europa auf die Titelblätter der Zeitungen und sorgt für heftige Diskussionen. Die Medienwelt und die Bevölkerung sind irritiert, wissen nicht so recht, wie sie reagieren sollen. Während sich die einen aufregen, es nicht verstehen, sind wieder andere helllauf begeistert. Konservative Kräfte empören sich – junge Frauen auf der Strasse lachen und sind begeistert. Fazit: Die mediale Aufmerksamkeit ist den Ukrainerinnen auf jeden Fall gewiss – und damit auch die politische Diskussion.



Die nackte Heldin

Wer kennt nicht das berühmte Bild der Französischen Revolution von Eugène Delacroix «La liberté guidant le peuple». Eine barbusige Frau als Heldin! Niemand fand und findet es anstössig. Nacktheit heisst eben auch bedingungsloser Einsatz für Freiheit – oder ist der Zustand für Freiheit schlechthin. Diese Nacktheit hat auch nichts mit Sexualität zu tun, sondern mit Selbstbestimmung. So haben die Feministinnen in der frühen Frauenbewegung der Siebzigerjahre zwar nicht mehr die Fahne der Revolution gehisst – aber sie haben ihre BHs für mehr gesellschaftliche Freiheit demonstrativ ausgezogen: «Oben ohne!» wurde zum Symbol der Befreiung von bürgerlichen Lebensmustern.

Und heute? 2011 kämpfen die FDP Frauen für mehr Frauen in den Führungsgremien. Warum: Weil gerade mal 7 Prozent Frauen in Führungsposi-

sitionen einfach zu wenig sind. Ganz oben soll es nicht mehr ohne Frauen sein. Die Volkswirtschaft soll das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen nicht weiter brach liegen lassen. «What else?» würde George Clooney sagen. «Genau – und vor allem ist es jetzt höchste Zeit!», sagen die FDP Frauen.

Und sie haben gute Gründe: Firmen mit gemischten Teams sind erfolgreicher, kennen den Markt besser und erzielen eine höhere Eigenkapitalrendite. Unsere Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte – sie muss nur das Potenzial der weiblichen Arbeitskräfte besser nutzen. Die Forderung der FDP Frauen Schweiz «Nicht mehr oben ohne» ist berechtigt, konkret genug und vor allem: Sie ist urliberal, weil sie aufrüttelt, ohne gleich Gesetze zu verlangen, und weil sie aufklärt, ohne gleich Quoten zu fordern.

Was Bastien kann ... kann Claudine auch!

Mit nacktem Sixpack erntet Mann mediale Begeisterung – mit weiblichen nackten Schultern Irritation. Frau tut so was nicht – und schon gar nicht eine bürgerliche Politikerin. Aber ist das liberal? Hat Liberalismus nicht viel mehr damit zu tun, für die eigenen Rechte und Überzeugungen zu kämpfen, und dies auch mit unkonventionellen Mitteln? Kann es sich eine liberale Gesellschaft leisten, das Potenzial der gut ausgebildeten Frauen einfach brach liegen zu lassen? Und kann es sich eine liberale Gesellschaft leisten, Männern die Familienarbeit zu verwehren, einfach weil der Chef immer und überall erreichbar sein muss? Können nicht auch Männer gute Erziehungsarbeit leisten? Männer und Frauen sollen sich in einer aufgeklärten und liberalen Gesellschaft auf Augenhöhe begegnen und gemeinsam ihr Leben gestalten.

Auffällig doppelbödig

Auch in den Schweizer Medien tut sich Erstaunliches: Je mehr halbnackte Frauen die Titelseiten zieren, umso grösser die journalistische Empörung



über die FDP Frauen. Schöne Frauen politisieren nicht – und sie wollen schon gar nicht in die Teppichetage. Und wenn schon, sollen sie dafür nicht den Verstand gebrauchen. Doch es gibt auch Lichtblicke: Gute Journalistinnen und Journalisten, die hinschauen, statt wegschauen, die Interesse zeigen, statt hergebrachte gesellschaftliche Muster zu befriedigen.

Der neue Feminismus – Kampf gegen Vorurteile gegenüber Männern und Frauen

In den letzten Jahren erreichte die Frauenbewegung sehr viel, die Frauen erhielten in der Schweiz 1971 endlich das Stimm- und Wahlrecht, es gibt einen Gleichstellungsartikel in unserer Verfassung, und zurzeit gibt es vier Bundesrätinnen.

Doch noch immer verdienen die Frauen nicht gleich viel wie Männer, noch immer sind sie kaum in der Chefetage vertreten (3 Prozent Verwaltungsrätinnen und 7 Prozent Frauen in den Teppichetagen), und noch immer ist Sexismus ein Kavaliärsdelikt (Berlusconi, Strauss-Kahn). Es ist höchste Zeit für eine moderne Politik für moderne Menschen. Lassen Sie sich inspirieren von den FDP Frauen – Liberalismus lebt von Engagement mutiger Frauen und Männer. Auch die Ukrainerinnen gehören klar dazu.



Quelle: www.tagesanzeiger.ch



Ja zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf

FDP. Die Liberalen fordert bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf dank weniger Bürokratie für Krippen. Und durch einen auf 24 000 Franken erhöhten Fremdbetreuungsabzug soll der Lohn nicht durch Krippenkosten und Steuerprogression weggeputzt werden. Gleichzeitig dürfen Eltern, die ihre Kinder nicht fremdbetreuen lassen, nicht benachteiligt werden.

Peter Malama, Nationalrat BS

In der auf so vielen Gebieten modernen Schweiz müssen sich Männer wie Frauen mit Kindern immer noch oft zwischen Karriere oder Familie entscheiden, weil familienergänzende Kinderbetreuung bürokratisiert und die Reform der Familienbesteuerung bekämpft werden. Für mich und somit für unsere Familie gehört deshalb die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den politischen Prioritäten. Familien sollen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Das bedeutet auch, dass diejenigen Eltern, welche ihre Kinder selber be-

treuen wollen, nicht benachteiligt werden. Krippen- und Betreuungsplätze sind Mangelware, da die Bürokratie die Schaffung neuer Plätze behindert und schlussendlich verteuert und sie deshalb für Familien aus der Mittelschicht kaum mehr finanzierbar sind. Damit wir in Zukunft eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik erreichen, soll es im Krippenbereich mehr Markt geben und muss die Bürokratie massiv abgebaut werden. Die Gründung von privaten Kinderbetreuungsplätzen ist von administrativen und baulichen Schikanen zu befreien. Die Eltern – und nicht der Staat – sollen weiterhin selbstständig und

verantwortungsbewusst entscheiden können, wie und von wem ihre Kinder betreut werden. Weniger Vorschriften und mehr Eigenverantwortung sind gefragt.

Zudem darf es nicht sein, dass der gesamte Lohn für Steuern und Betreuungskosten ausgegeben werden muss, sodass das Arbeiten wirtschaftlich gesehen keinen Sinn macht. Der Steuerabzug für Kinderfremdbetreuung ist daher auf maximal 24 000 Franken zu erhöhen. Eltern, die sich für eine Fremdbetreuung entscheiden, werden auf diese Weise nicht mehr gezwungen, ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Das hat den Vorteil, dass der Wirt-

schaft das Know-how dieser in der Regel gut ausgebildeten Männer und Frauen nicht verloren geht.

Auf der anderen Seite stellt die Familie eine der wichtigsten Institutionen unserer Gesellschaft dar. Es ist nicht erstrebenswert, nach dem Vorbild sozialistischer Staaten einzig die Fremdbetreuung zu fördern und somit Verantwortung auf den Staat abzuschieben. Eltern ist natürlich freigestellt, ihre Kinder selber zu betreuen. Auf diese Weise steht dem Bürger die maximale Wahlfreiheit zu, Beruf und Familie nach eigenem Ermessen gestalten zu können.

Frischer Wind in Bern

Die neuen Mitteparteien haben auch den Jungfreisinnigen zugesetzt. Doch wir haben uns entschieden, in diesem Artikel nicht Wunden zu lecken, sondern vielmehr unsere Erfolge zu feiern!

Die Jungfreisinnigen führten einen engagierten und kreativen Wahlkampf. Unzählige Sektionen machten mit eigenen Initiativen und Petitionen auf sich aufmerksam, aber auch ungewöhnliche Aktionen standen auf der Tagesordnung. Besonders erfreulich

fiel das Resultat in Neuenburg aus: Die Sektion konnte im Vergleich zu 2007 über 20 Prozent Wähleranteil hinzugewinnen und erzielte das beste Resultat der gesamten Schweiz. Immerhin 30 Prozent der Sektionen knackten die 1-Prozent-Marke.

Unsere bisherigen Vertreter Christa Markwalder, Christian Wasserfallen und Raphaël Comte schafften alle problemlos die Wiederwahl.

Zudem erzielten einige der 18 Topshots hervorragende Resultate: So platzierte sich Philippe Nantermod im

Wallis auf dem ersten Ersatzplatz hinter Nationalratspräsident Jean-René Germanier. Andrea Caroni aus dem Appenzell-Ausserrhodens liess seinem Gegner keine Chance und wurde mit grossem Vorsprung in den Nationalrat gewählt.

«Liberal bedeutet für mich: Die Freiheit liebend»

Andrea, herzliche Gratulation zu deiner hervorragenden Wahl in den Nationalrat. Wie hattest du deinen persönlichen Wahlkampf gestaltet, um dein Ziel zu erreichen?

Mein Wahlkampf stand unter dem ungeschriebenen Motto «Andrea geht zu den Leuten». Ich habe daher jeden Tag die Begegnung mit den Ausserrhodenerinnen und Ausserrhodern gesucht: Frühmorgens am Bahnhof, vormittags am Marktstand, mittags am Mittagstisch, nachmittags an der Viehschau, feierabends in der Beiz und nachts am Dorffest. Daneben haben wir natürlich auch die klassischen Mittel eingesetzt (Plakate, Inserate, Flyer, Give-Aways, Podien, Website, Facebook, Rundschreiben sowie Mund-zu-Mund-Werbung). Von der Botschaft und der Gestaltung her waren wir positiv und vorwärtsgerichtet: «Ausserrhodens hat Zukunft.»

Facebook und Co spielen eine immer grössere Rolle. War das auch in deinem Wahlkampf der Fall?

Ja. Wir haben Facebook aktiv eingesetzt mit einer eigenen «Fanpage». Da posteten wir vor allem meine diversen Anlässe (Einladungen und Fotos) und Wahlaufrufe. Wir setzten auch auf einen Lawineneffekt. Am Wahltag hatte ich dann bis 500 «Fans». Gesamtschweizerisch war ich damit unter den Top 20 aller Polit-Sites, und das im kleinen Ausserrhodens. Man darf die Wirkung aber auch nicht überschätzen.



Andrea Caroni

Dein Sieg zeichnete sich am Wahlsonntag schnell ab. Wer hat dir am 23. Oktober nach deiner Wahl als Erstes gratuliert?

Meine Familie, die mit mir im Auto von der Säntis-Talstation (wir hatten auf dem Berg übernachtet) ins Wahlstübli nach Herisau fuhr. Doch ich hab die Glückwünsche «aufge-

schoben», bis die letzte Gemeinde ausgezählt war. Dann waren wir im Wahlstübli, wo alle gleichzeitig gratulierten. Einer der Allerersten dort war mein Mitbewerber Köbi Frei.

Bald findet deine 1. Session statt. Wofür möchtest du dich im Nationalrat stark machen?

Für den Liberalismus und für die Stärkung der Ostschweiz. In welchen konkreten Themen ich dies einbringen werde, hängt stark von meinen Kommissionen ab. Meine besonderen Interessen sind die Wirtschaftspolitik, die Aussenpolitik, die Gesellschaftspolitik und die Staatspolitik.

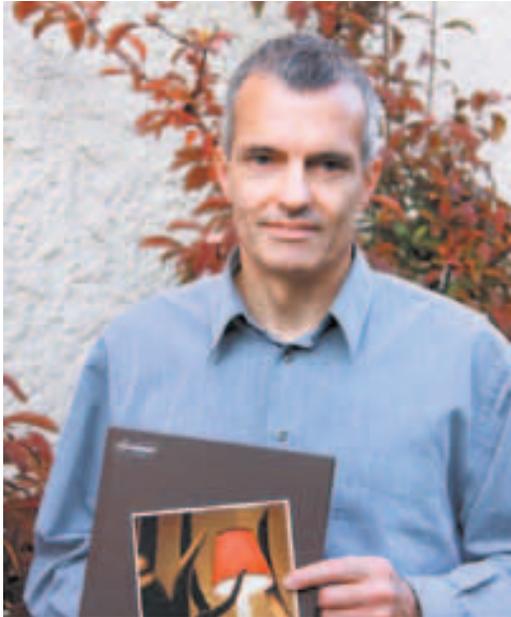
Du warst persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Hans-Rudolf Merz, Gründer der Jungfreisinnigen Appenzell-Ausserrhodens und nun Nationalrat. Was hat dich dazu bewegt, dich in der Politik so intensiv zu engagieren?

Ich liebe an der Politik das gemeinsame Gestalten der Welt, in der wir leben, sowie das Debattieren an sich. Zudem ist Politik enorm abwechslungsreich und spannend – wie eine gute Fernsehserie, an der man selber mitschreiben kann.

Und zum Abschluss: Was bedeutet für dich «liberal»?

Die Freiheit liebend. Liberalismus ist die Überzeugung, dass unsere Gesellschaft von unten nach oben aufgebaut ist: Im Zentrum steht der freie Selbstverantwortliche und Einzelne. Er weiss selber am besten, wie er sein Leben gestalten möchte. Erst wo er nicht mehr zugange kommt, soll die nächsthöhere Stufe greifen. Das ist zunächst die Familie, dann die Zivilgesellschaft und erst dann der Staat – und auch der wieder von unten herauf.

Engagement im FDP-Wahlkampf zahlt sich aus



Vor den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober 2011 haben wir unsere Mitglieder aufgefordert, einen Wahlaufuf – unterschrieben von Parteipräsident Fulvio Pelli und dem jeweiligen Kantonalparteipräsidenten – an ihre Freunde und Bekannten zu versenden. Als Anreiz wurde ein Wettbewerb lanciert, es konnten drei Wellnessweekends für jeweils zwei Personen in den Schweizer Bergen gewonnen werden. Wir gratulieren den folgenden Gewinnern und danken Ihnen für Ihr Engagement (von links): Andreas Wirth, BE, Eugen Voronkov, AG, Samuel Grossenbacher, BE.

Blick hinter die Kulissen: Wahlsonntag



Ein Blick ins FDP-Büro am Standort Zürich ...



... und am Standort in Bern.

Am Wahlsonntag hat sich das Generalsekretariat auf drei Standorte verteilt. Einerseits waren wir in den Fernsehstudios in Zürich und Genf, andererseits hatten wir ein Backoffice in Bern eingerichtet. Für diesen wichtigen Tag fanden einige Vorbereitungen statt. Nebst der Personalplanung wurden auch diverse Szenarien und Statistiken vorbereitet und aktualisiert.

Das Generalsekretariat ist ein eingespieltes Team, und dank den Vorbereitungen wusste am Wahlsonntag je-

der genau, was seine Aufgabe war. Das war auch gut so, denn für Absprachen blieb keine Zeit.

Frühmorgens wurden die wichtigsten Schlagzeilen aus den Sonntagszeitungen zusammengetragen und besprochen. Später begannen wir mit der Einrichtung der drei Standorte.

Die Koordination erfolgte durch Telefonkonferenzen, SMS, Skype und E-Mail. Der ständige Austausch zwischen den Standorten wie aber auch zwischen dem Präsidium, den Parla-

mentariern sowie den Kantonalparteien war wichtig. Wir konnten so Hintergrundinformationen zusammentragen und unsere Vertreter für die Medienauftritte optimal vorbereiten.

Ein Beispiel war die in den Medien viel zu früh kommunizierte mögliche Abwahl von Parteipräsident Fulvio Pelli. Als wir die Meldung erhielten, wurde sofort der Kontakt zur Kantonalpartei im Tessin hergestellt. Es stellte sich bald heraus, dass diese Meldung keineswegs korrekt war. Via

SMS konnten wir alle involvierten Personen aufklären und über den weiteren Verlauf informieren.

Um 23.00 Uhr fanden dann die letzten Mediengespräche statt. In den Büros wurden die letzten Analysen gemacht, die Listen nachgetragen und die «Spuren» der hektischen Zeiten am Nachmittag beseitigt. Die Rückfahrt ging anschliessend Richtung Bern, wo man sich dann am Montagmorgen um 8.00 Uhr zur ersten Sitzung traf.



Es weihnachtet ...

Die Adventszeit hat eine ähnliche Spannungssteigerung wie ein Wahlkampf: Am 1. Advent stelle ich erstaunt fest, dass schon wieder Weihnachten an die Tür klopfte. Am 2. Advent denke ich mir: «Noch kein Grund zur Besorgnis, Du hast noch Zeit, alles zu erledigen.» Am 3. Advent wird es mir etwas unbehaglich, weil die Frage auftaucht, ob ich mich denn in der letzten Woche vorwärts bewegt habe. Doch geht das schnell vergessen wegen der turbulenten Woche um die Bundesratswahlen in Bern – und plötzlich kündigt sich der 4. Advent an, und ich

freue mich darüber, dass ich im Rahmen des letzten Weihnachtsverkaufs noch die Möglichkeit habe, mich am Sonntag um alle Geschenke zu kümmern für meine Familie. Und endlich, Weihnachten ist da – und ich freue mich jetzt auf ein paar freie Tage mit meiner ganzen Familie und auf unsere schönen Berge und das Skifahren. Denn jetzt habe ich Zeit, einen Moment innezuhalten, zur Ruhe zu kommen, bevor ich mit neuer Energie das Jahr beginne.

**Michael Baumer,
Gemeinderat Stadt Zürich und
Präsident FDP Stadt Zürich**

Die Adventszeit ist für mich mit vielen Erinnerungen verbunden. Während meiner Kindheit war dies die Zeit, in der ich in der Freizeit Weihnachtsgeschenke für Bekannte und Verwandte gebastelt habe. Heute gehört dies der Vergangenheit an. Dafür bin ich nun seit zehn Jahren in der Adventszeit jeweils damit beschäftigt, rund 200 Kerzen so zu präparieren, damit sie an der städtischen Weihnachtsfeier in der Kirche nicht nur den Tannenbaum zieren, sondern dank der Verbindung mit Zündgarn während der Feier entflammt werden können. Dieses

Spektakel bildet einen festen Bestandteil der Weihnachtsfeier, welche seit über 100 Jahren ausgerichtet wird. Dahinter verbirgt sich eines der ältesten Hilfswerke der Stadt Brugg: Die Kollekte der Feier wird nämlich zusammen mit zahlreichen Spenden jeweils dafür verwendet, im folgenden Jahr den Kindern aus Familien in prekären Verhältnissen einen Zustupf zu überreichen, damit auch sie sich zu Weihnachten etwas Besonderes leisten können.

**Titus Meier,
Grossrat FDP,
Brugg AG**

Wintersession 2011

Die wichtigsten Geschäfte im Überblick

Indirekter Gegenentwurf zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Die Volksinitiative «gegen Abzockerei» steht den Herausforderungen des internationalen Standortwettbewerbs völlig entgegen. Sie enthält mit ihren 24 starren Verfassungsbestimmungen zu viele und kontraproduktive Staatsingriffe in die Unternehmensfreiheit. Deshalb hat das Parlament einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet, welcher in der Wintersession zur Differenzvereinbarung in den National- und Ständerat kommt. Die FDP setzt sich für einen Gegenvorschlag ein, der die Rechte der Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen angemessen stärkt und die Transparenz in Vergütungsfragen erhöht, ohne die unternehmerische Freiheit und Flexibilität unangemessen einzuschränken.

Via sicura. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr

Die FDP lehnt Massnahmen ab, die den individuellen Verkehr über Ge-

bühr behindern wollen. Sie ist der Meinung, dass gewisse Massnahmen im Paket via sicura die Tendenz erkennen lassen, dass der Staat besser zu wissen glaubt, was gut für den Bürger ist, als der Bürger selbst. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, in diesem Massnahmenpaket auch die Eigenverantwortung zu stärken.

Atomausstieg

Die klare Position der FDP ist seit Monaten die gleiche: Sie will keinen Neubau von Kernkraftwerken mit der heutigen Technologie, ein Verbot zukünftiger Technologien lehnt die FDP jedoch ab.

6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket 6b

Die FDP-Innenminister haben seit 2003 die Zahl der neuen IV-Renten fast halbiert, doch muss das strukturelle Defizit von jährlich knapp 1 Mrd. Franken abgebaut werden. Dafür fordert die FDP eine rasche 6. IV Revision. Die IV-Revisionen 6a und 6b

wollen die IV nachhaltig sanieren. Das erste Massnahmenpaket 6a, welches 2009 von Volk und Ständen gutgeheissen wurde, sah eine befristete Anhebung der Mehrwertsteuersätze bis Ende 2017 vor. Das zweite Massnahmenpaket 6b will die Voraussetzungen schaffen, um nicht nur die Schuldenspirale zu stoppen, sondern um Schulden sogar zu reduzieren. Unter dem Grundsatz «Arbeit muss sich lohnen» zielen vorgesehene Massnahmen nicht nur auf eine nachhaltig ausgeglichene Rechnung, sondern auch auf die Rückzahlung der IV-Schulden bis zum Jahr 2025.

Mehrwertsteuer-Einheitssatz – Teil B der MWST-Revision

Die Mehrwertsteuer (MWST) gehört zu jenen Bereichen, in denen das Einhalten der staatlichen Reglementierung den KMU die grössten administrativen Lasten aufbürdet. Ihre Vereinfachung ist deshalb für eine Reduktion der administrativen Belastung der KMU zentral. In der Wintersession

wird der Nationalrat bereits zum zweiten Mal über die Einführung eines Mehrwertsteuereinheitssatzes sowie die Abschaffung der meisten Ausnahmen beraten. Eine MWST mit einem einheitlichen Satz und mit wenigen Ausnahmen wäre für alle Beteiligten einfacher und günstiger in der Handhabung. Berechnungen gehen von einem Kosteneinsparungspotenzial über alle Bereiche von 20 Prozent aus. Zudem wird mit der Streichung ungerechtfertigter Ausnahmen eine breitere Steuerbasis geschaffen, wodurch für viele Güter ein wesentlich tieferer Steuersatz möglich wird. Leider ist wahrscheinlich, dass die Chance für eine wirkungsvolle Vereinfachung der MWST vertan wird. Bereits beim letzten Mal hat die Grosse Kammer die Vorlage an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, ein Zweisatzmodell unter Beibehaltung vieler Ausnahmen auszuarbeiten. Damit würde der ganze Effizienzgewinn hinfällig. Es ist wohl davon auszugehen, dass der Nationalrat trotzdem an seinem Entscheid festhalten wird.

Bundesratswahlen

Die Bundesratswahlen für die Amtsperiode 2011–2015 erfolgen am 14. Dezember 2011. Die FDP-Liberale Fraktion tritt mit ihren beiden bisherigen Bundesräten Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann an.

Fraktionsvorstand/ Fraktionspräsidium

Zu Beginn der neuen Legislatur werden die beiden Gremien neu- bzw. wiedergewählt.

Verteilung der Kommissionssitze

Nach den Wahlen werden die Sitze pro Fraktion in den einzelnen Kommissionen des National- und Ständerats neu verteilt. Die Gesamtzahl der Sitze pro Fraktion errechnet sich aus den Wahlergebnissen; die Feinjustierung der Kommissionssitze regeln die Fraktionen untereinander. Für jede Kommission wird danach ein fraktionsinterner Leader ernannt.

Eidgenössische Volksabstimmungen vom 11. März 2012

› Wiedereinführung der Buchpreisbindung

Nachdem die WeKo die Buchpreisbindung verbot, soll sie nun per Gesetz wieder eingeführt werden. Die FDP ergriff zusammen mit den Jungfreisinnigen das Referendum gegen die Vorlage.

Position der FDP-Liberale Fraktion: NEIN

› Bauspar-Initiative

Ziel ist die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum.

Position der FDP-Liberale Fraktion: JA

› Initiative «Stopp dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen»

Ziel ist eine Beschränkung des Anteils von Zweitwohnungen auf 20 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes.

Position der FDP-Liberale Fraktion: NEIN

› Initiative «Sechs Wochen Ferien»

Die Gewerkschaftsinitiative will in der Schweiz sechs Wochen Ferien einführen.

Position der FDP-Liberale Fraktion: NEIN

› Gegenvorschlag der Initiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»

Direkter Gegenvorschlag, der die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen bei Lotterien und Sportwetten neu regelt und gewährleistet, dass die Erträge für gemeinnützige Zwecke in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport verwendet werden.

Position der FDP-Liberale Fraktion: JA

Eidgenössische Abstimmung vom 11. März 2012

Für günstige Bücher – gegen staatlich fixierte Buchpreise

Das überparteiliche Komitee «Nein zu übersteuerten Büchern» unter der Führung der Jungfreisinnigen und der FDP hat im Juli erfolgreich das Referendum gegen die Buchpreisbindung ergriffen. Fast 60 000 gültige Unterschriften wurden an die Bundeskanzlei abgegeben. Die Abstimmung findet nun am 11. März 2012 statt. Dies hat der Bundesrat am 9. November entschieden. Deshalb kämpfen wir gegen die Buchpreisbindung:

Auch der Bundesrat war der Meinung, dass die Wiedereinführung der Buchpreisbindung nicht zielführend ist. Gegen seinen Willen hat das Parlament das Gesetz knapp befürwortet.

Die Buchpreisbindung ist ein Preisdiktat der Verleger. Das heisst, dass der Buchhändler ein Buch zum vom Verleger diktierten Preis verkaufen muss. Dies ist ein dramatischer Eingriff in die Freiheit des Buchhändlers, die Preise selbst gestalten zu dürfen. Dabei ist klar, dass die Verleger kein Interesse daran haben, die Preise zu sen-

ken. Sie wollen ihre Gewinne mit staatlich legitimierten und überhöhten Preisen maximieren, und dies auf Kosten der Leserinnen und Leser. Das Gesetz sieht nicht vor, dass dem Autor oder dem Buchhändler einen Teil dieser Mehreinnahmen zugutekommen

soll. Als wäre dies nicht genug, werden durch das neue Gesetz die Schweizer Buchhändler im Vergleich zu den ausländischen Online-Anbietern explizit benachteiligt.

Stimmen Sie deshalb am 11. März 2012 NEIN zur Buchpreisbindung!

Möchten Sie bei der Kampagne gegen die Buchpreisbindung mithelfen? Dann melden Sie sich bei Matthias Leitner (leitner@fdp.ch).

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.buchpreisbindung-nein.ch

NEIN zu übersteuerten Büchern: Die Befürworter der Buchpreisbindung verschweigen ihre wirtschaftlichen Interessen und behaupten, es gehe ihnen allein um die Förderung des Kulturgutes Buch. Hohe fixierte Buchpreise sind jedoch kein Mittel zur Kulturförderung sondern zur Gewinnmaximierung. Günstige Bücher sind die beste Leseförderung!

NEIN zur Plünderung des Schweizer Portmonees: Die hohe Schweizer Kaufkraft lockt Nutzniesser an wie Honig die Bienen. Über 90 Prozent der Bücher werden importiert, und mehr als die Hälfte des Schweizer Buchmarktes wird von ausländischen Grossverlagen beherrscht. Sie wollen die hohe Kaufkraft für sich nutzen. Statt Kultur wird der Einkaufstourismus ins grenznahe Ausland gefördert.

NEIN zum Lädeli-Sterben im Buchhandel: Kleinere, innovative Schweizer Buchhändler haben sich längst an den freien Markt gewöhnt und werden durch dieses Preiskorsett in ihrer Entwicklung behindert. Da nur noch maximal 5 Prozent Rabatt erlaubt sind, können sie Kunden nicht mit Preisvorteilen an sich binden. Daher ist die Branche auch gespalten, was das neue Gesetz betrifft.

NEIN zur Diskriminierung von Schweizer Online-Händlern: Die Buchpreisbindung gilt auch für den Online-Handel. Das ist absurd. Dem Schweizer Zoll fehlt die rechtliche Kompetenz, jede Buchsendung aus dem Ausland zu kontrollieren. Während sich Schweizer Online-Händler an die hohen, fixierten Buchpreise halten müssen, kann der ausländische Online-Anbieter die tieferen, deutschen Preise verlangen. Das wäre das Ende für jeden Schweizer Online-Anbieter.



Das überparteiliche Komitee – unter Leitung der Jungfreisinnigen und FDP – bei der Einreichung der Unterschriften für das Referendum im Juli.

Für ein Wettbewerbsrecht, das Arbeitsplätze schafft – aus Liebe zur Schweiz

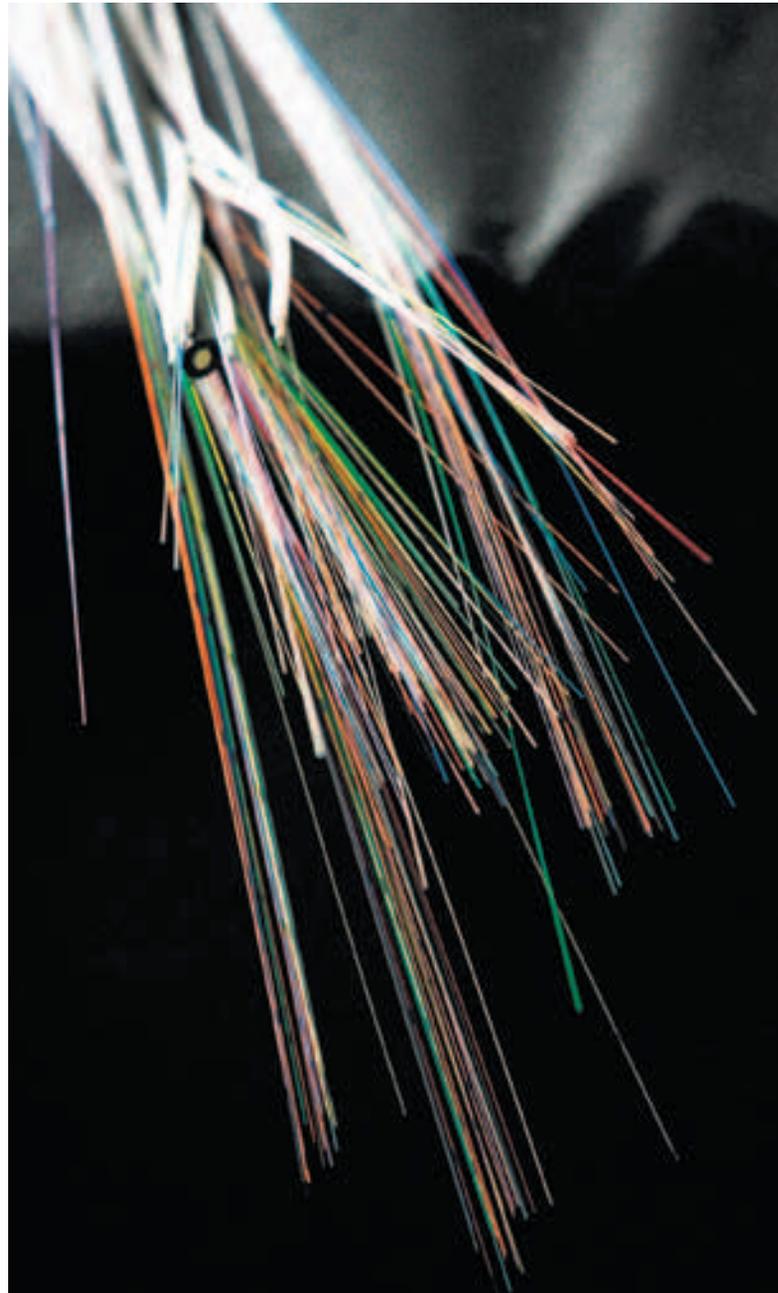
Stefan Brupbacher,
Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Was hat der Unterschied zwischen Bananen* und Äpfeln mit Wettbewerbsrecht zu tun? Viel! Die Wettbewerbskommission (WEKO) muss sicherstellen, dass Wettbewerb herrscht. Entscheidend ist dabei die Frage nach dem dazu relevanten Markt, und hier ist der Unterschied von Bananen und Äpfeln ein schönes Anschauungsbeispiel aus der Realität. Sind Absprachen bei Bananen zu verbieten, weil der relevante Markt Bananen ist, oder sind solche Absprachen zulässig, weil Konsumenten zwischen Bananen und Äpfeln wählen können und somit der relevante Markt breiter gefasst, also ein anderer wird? Das ist eine wirtschaftliche Frage – keine juristische. Dabei muss auch die Entwicklung eines Marktes, z. B. durch technologischen Fortschritt, einbezogen werden. Und schliesslich ist die volkswirtschaftliche Bedeutung zu beachten, denn unser Ziel heisst: Arbeitsplätze dank einem guten Standort Schweiz schaffen, was angesichts der drohenden Wirtschaftskrise immer wichtiger wird.

Fragwürdige Vorgehensweise der WEKO

Leider bleibt die WEKO immer wieder in der formaljuristischen Theorie stecken. Statt konkret die wirtschaftlichen Auswirkungen von Abreden zu prüfen, wird anhand von Checklisten nach «verbotenen» Abredetypen gesucht. Damit macht es sich die WEKO zu leicht, denn in ihrem Formalismus vergisst sie einerseits den Konsumenten, der vom Wettbewerb letztlich profitieren soll, und andererseits auch die Wirkung ihrer Urteile auf die Arbeitsplätze.

Beim Fusionsvorhaben zwischen Sunrise und Orange etwa glaubte die WEKO, dass drei Anbieter zu mehr Wettbewerb führen als zwei. Das stimmt zwar im Modell, doch im Telekommunikationsmarkt ist die Grösse zentral und das Modell nicht anwendbar. Der Zu-



Glasfasern: Die Kommunikationsinfrastruktur der Zukunft.

sammenschluss hätte zwei starke Unternehmen ergeben, die sich einen effektiven Wettbewerb geleistet hätten. Nun wird Orange verkauft, und Sunrise wird wohl der Marktmacht von Swisscom wenig Paroli bieten können.

Auch der Entscheid über die Glasfaserkooperationen zwischen der Swisscom und den Stadtwerken wurde formaljuristisch entschieden. Erstens

hat sich die WEKO nur auf Glasfasern als relevanten Markt beschränkt, ausgeblendet hat sie die Kabelfernseh- und die drei Mobilfunknetze. Sie alle bieten aber ähnliche Dienstleistungen an und sichern so den Wettbewerb. Anders gesagt: Die WEKO hat nur die Banane gesehen. Zweitens hat sie die Tatsache vergessen, dass mit der Kooperation vier Kabel gelegt werden,

die zwei Betreibern gehören, und ein unabhängiger Dritter Anbieter von Dienstleistungen kann zudem ein Kabel mieten. Das führt zu Wettbewerb. Und drittens hat die WEKO nicht begriffen, dass der Wettbewerb nicht primär zwischen Glasfaserkabel stattfindet, sondern auf der vor und nachgelagerten elektronischen Infrastruktur sowie den auf der Glasfaser angebotenen Dienstleistungen.

Arbeitsplätze nicht verhindern

Der Entscheid übersieht schliesslich die volkswirtschaftliche Sicht. Für die Schweiz ist ein Glasfasernetz eine zentrale Infrastruktur. Im globalen Standortwettbewerb ist Infrastruktur wichtig, und hier hat die Schweiz in den letzten Jahren gerade gegenüber Asien Boden verloren. Die Kooperation zwischen der Swisscom und den Stadtwerken bietet eine Chance, rasch und flächendeckend eine zentrale Infrastruktur aufzubauen. Mit Milliardeninvestitionen werden so Arbeitsplätze in der IT- und der Baubranche sichergestellt. Dass dieser WEKO-Entscheid am Vorabend einer Wirtschaftskrise Investitionen verhindert und in wenigen Wochen der Ruf nach Konjunkturprogrammen für die gleichen Branchen absehbar ist, zeigt die Kurzsichtigkeit der Argumentation der WEKO. Dass damit auch eine Chance verpasst wird, dass nicht nur die Stadtzentren mit Glasfasernetzen ausgerüstet werden, sondern dass der effektive Mittlereinsatz auch Gelder für einen schweizweiten Ausbau des Netzes ermöglicht und so Randregionen den Zugang zur technologischen Entwicklung erlaubt, ist den Formaljuristen der WEKO in ihrem Elfenbeinturm ebenfalls entgangen. Fazit: **Aus Liebe zur Schweiz** braucht die WEKO mehr praktischen Wirtschaftsverstand statt juristische Theorie.

*Der «Bananenfall» ist ein bekannter Kartellrechtsfall aus Deutschland, bei welchem sich die Frage stellte, inwiefern Konsumenten bei einem Kartell von Bananen auf Äpfel ausweichen können.

Interview mit Michael Frank, Direktor VSE

«Entscheide über Energiestrategien haben grosse gesamtwirtschaftliche Bedeutung»

Wo sehen Sie die Herausforderungen der künftigen Energiepolitik?

Die langfristige Versorgungssicherheit der Schweiz erfordert einen raschen Aus- und Umbau der Netze, eine Steigerung der Energieeffizienz sowie der erneuerbaren Energien. Dafür braucht es in erster Linie klare Rahmenbedingungen, die die notwendige Investitionssicherheit bieten. Zurzeit sind viele Unternehmen verunsichert und halten sich mit Investitionen zurück.

Für die Debatte brauchen wir klare politische Stossrichtungen und Ziele und – das ist m. E. sehr wichtig – wir müssen die Zielkonflikte sichtbar machen und Antworten finden. Bei Zielkonflikten denke ich zum Beispiel an die Frage nach dem Stellenwert der Klimafrage. Wenn wir davon ausgehen, dass wir mittelfristig einen Teil des Strombedarfs mittels Gaskraftwerken decken müssen oder dann importieren müssten, ist das aus politischer Sicht zu beantworten.

Der Bundesrat baut bei seinem Entscheid auf dem Szenario des BFE (Bundesamt für Energie) auf, das einen rückläufigen Stromkonsum vorsieht. Sollten jedoch das Parlament und das Volk dies anders einschätzen oder sollte sich das europäische Umfeld anders entwickeln, brauchen wir unbedingt ein Szenario, das auch dieser Situation Rechnung trägt, sozusagen einen Plan B. Von diesen Planungsgrundlagen sind Massnahmen abzuleiten und zu diskutieren. Wichtige Massnahmen stellen Förderungen dar, die es bei neuen Technologieformen durchaus braucht, jedoch sollten sie als Anschlagfinanzierungen zeitlich begrenzt sein und das Ziel haben, diese Technologien marktfähig zu machen. Langfristig subventionsabhängige Produktionen und Industrien müssen vermieden werden.

Entscheide über eine Energiestrategie sind langfristiger Natur und haben eine grosse gesamtwirtschaftliche Bedeutung, weshalb eine Volksabstim-



Michael Frank

mung anzustreben ist. In dieser Diskussion will sich die Strombranche, deren Auftrag die Sicherstellung der Versorgungssicherheit ist, aktiv und konstruktiv einbringen.

Was ist die Rolle/Aufgabe der Stromversorger?

Unser Grundauftrag bleibt, die Stromversorgung in der Schweiz sicherzustellen. Der VSE als Vertreter der betroffenen Branche bringt seine Expertise bei der Gestaltung der neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen ein und engagiert sich konstruktiv in Arbeitsgruppen des Bundes. Insbesondere evaluiert der VSE in seinem Projekt «Vorschau 2012» die Potenziale und die Realisierbarkeit verschiedener Technologien und berechnet eigene Szenarien.

Die Energiestrategie 2050 stellt insgesamt ganz neue Herausforderungen an die Unternehmen. Die künftige Entwicklung wird vermehrt hin zur dezentralen Produktion führen und die Produktion wird zunehmend volatil sein, was sich direkt auf den Um- und Ausbau der Netze, aber auch auf die

Unternehmen auswirken wird. Es wird z. B. neue Geschäftsmodelle im Bereich Effizienzsteigerung geben für jene Elektrizitätsunternehmen, die im Endkundengeschäft aktiv sind.

Wird der Strom teurer?

Mittel- bis langfristig gehen wir von tendenziell steigenden Strompreisen aus, nicht zuletzt weil die Preise für fossile Brennstoffe steigen werden. Eine wachsende Bevölkerung und eine wachsende Wirtschaft führen letztlich zu steigendem Stromkonsum. Wenn im Jahr x 200 000 mehr Einwohner in der Schweiz sind, brauchen sie auch mehr Energie, hoffentlich möglichst effizient, aber letztlich mehr. Und sollten zudem in Europa immer mehr Länder auf Importe setzen, wird dies auch die Strompreise beeinflussen. Der Umbau eines Energiesystems ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Wie steht es um das Potenzial der Energieeffizienz aus Sicht der Branche?

Steigerung von Effizienz ist zu begrüssen, in welchem Szenario auch immer. Dabei stehen m. E. marktorientierte Modelle im Vordergrund, wie es z. B. die Agentur der Wirtschaft seit zehn Jahren vorlebt und mit ihren Partnern CO₂ und Strom einspart. Auf dieser Basis ist aufzubauen und entsprechende Anreizsysteme zu schaffen. Reine planwirtschaftliche Instrumente erachte ich langfristig als weniger effektiv und ökonomisch nicht optimal.

Effizienz führt zu tieferen Kosten und liegt im Interesse von Wirtschaft und Privaten. Dazu kann ich mir zudem standardisierte Vorschriften zur Erhöhung der Energieeffizienz und Förderungsmassnahmen insbesondere im Gebäude-, Geräte und Mobilitätsbereich vorstellen. Das eröffnet den Elektrizitätsunternehmen neue Geschäftsmodelle, weg vom reinen Verteiler hin zum Energiedienstleister. Diese Chancen sollten wir nutzen.

Was muss jetzt passieren? Die nächsten Schritte?

Ein definitiver Entscheid zur künftigen Energiepolitik braucht Zeit. Dazu benötigt es eine vertiefte Ausleageordnung und politische Auseinandersetzung. Das entspricht gutschweizerischer Tradition. Die Vor- und Nachteile aller Stromerzeugungstechnologien müssen klar, faktenbasiert und für alle verständlich aufgezeigt werden. Letztlich geht es um weitreichende Entscheide für Bevölkerung und Wirtschaft, die mit sehr grossen Investitionen verbunden sind. Auch die Klimapolitik darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Die künftige Stromversorgung in der Schweiz ist eine zentrale Frage in den kommenden Jahren, deshalb soll das Schweizer Stimmvolk unbedingt das letzte Wort haben. Damit wäre die höchste demokratische Legitimation sichergestellt.

Dafür muss man informieren, kommunizieren und darstellen, was die Auswirkungen der verschiedenen Ansätze sind, welche Kosten damit verbunden sind und was das letztlich für jeden Einzelnen bedeutet. Da sind wir alle gefordert, der Bund, die Parteien, die Politik und die Branche. Eines sollten wir nie aus den Augen verlieren: Die Schweiz ist keine Strominsel, wir sind in das Energiesystem Europas eingebunden und können uns somit nicht völlig frei verhalten.

Über den VSE

Der VSE ist der Branchendachverband der schweizerischen Elektrizitätsunternehmen. Er setzt sich für gute Rahmenbedingungen für die Elektrizitätswirtschaft und eine sichere Stromversorgung ein, informiert die Öffentlichkeit über Themen der Elektrizitätsbranche und bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Dienstleistungen an.

Weiterhin Frauenpower aus St. Gallen

Der Wahlsonntag liegt hinter uns. Zu Beginn der neuen Legislatur darf die FDP-Liberale Fraktion neue Mitglieder begrüßen, wird aber auch ein paar erfahrene verabschieden müssen. Stellvertretend für die neuen und abtretenden Parlamentarier/-innen geben die beiden St. Gallerinnen Erika Forster und Karin Keller-Sutter Auskunft. Sie blicken zurück respektive in die Zukunft.



Die neugewählte St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter (links) zusammen mit ihrer Vorgängerin Erika Forster.

Karin Keller-Sutter

Was bedeutet Ihnen die glanzvolle Wahl in den Ständerat?

Ich freue mich sehr darüber und danke dem St. Galler Souverän für das grosse Vertrauen. Ich fühle mich sehr breit abgestützt und getragen.

Wofür wollen Sie sich als Ständerätin einsetzen? Worauf freuen Sie sich am meisten?

Ich werde sicher eine klassische Ständesvertreterin sein, die Fragen des Föderalismus und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen hoch gewichtet. Ein besonderes Gewicht werden auch die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur haben. Dabei sind heftige Verteilungskämpfe zu erwarten. St. Gallen und die Ostschweiz müssen an die Zentren der Schweiz und das benachbarte Ausland angebunden bleiben. Dies ist für den Wirtschaftsraum Ostschweiz zentral, wenn wir Arbeitsplätze und Wohlstand behalten wollen. Gerne werde ich auch meine praktische Erfahrung einbringen,

wenn es um die Revision des Straf- oder Ausländerrechts geht.

Zudem freue ich mich besonders auf die Zusammenarbeit mit den Ständeräten, die ich bereits aus der Regierungsarbeit kenne, etwa Martin Schmid oder Joachim Eder.

Wie wollen Sie Ihr neues Leben als Ständerätin zwischen St. Gallen und Bern organisieren?

Ich werde zunächst mein Mandat als Regierungsrätin und Regierungspräsidentin ordentlich abschliessen und an meinen Nachfolger übergeben. Dann ist auch meine Nachfolge als Präsidentin der KKJPD zu regeln. Daneben gibt es einige praktische Fragen wie Unterkunft und Büroinfrastruktur zu lösen.

Welche Wünsche haben Sie für die neue Fraktion?

Ich hoffe auf gründliche und konstruktive Diskussionen. Als langjährige Regierungsrätin werde ich mich zuerst daran gewöhnen müssen, Mitglied einer Fraktion zu sein. Ich bin gespannt auf diesen «Seitenwechsel».

Inhaltlich wird die kommende Legislatur für die freisinnige Fraktion eine grosse Herausforderung. Es geht darum, Wohlstand, Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Landes zu bewahren. Der starke Franken zeigt, wie sehr unser Werkplatz unter Druck geraten kann. Wir müssen deshalb für unsere Trümpfe kämpfen. So darf der bilaterale Weg nicht aufs Spiel gesetzt werden. Unser liberales Arbeitsrecht muss erhalten bleiben. Lohn- und Energiekosten dürfen nicht verteuert werden.



Aufgewachsen ist Karin Keller-Sutter in Wil und Neuchâtel. Sie hat eine Ausbildung als Dolmetscherin absolviert. Von 1997 bis 2000 war sie Präsidentin der FDP St. Gallen. In Wil hatte Karin Keller-Sutter das Amt als Gemeinderätin und Gemeinderatspräsidentin inne.

Seit 2000 ist Karin Keller-Sutter St. Galler Regierungsrätin. Sie ist Vorsteherin des Sicherheits- und Justizdepartements und hat sich als Regierungsrätin unter anderem dafür eingesetzt,

dass der Kanton St. Gallen bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt eine Pionierrolle einnimmt. Gleichzeitig wurde die sichtbare Polizeipräsenz erhöht. Die Arbeit der Justizdirektorin lässt sich unter dem Motto «Mehr Sicherheit – weniger Gewalt» zusammenfassen. Weiter ist sie Präsidentin der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Am 23. Oktober ist Karin Keller-Sutter glanzvoll für den Kanton St. Gallen in den Ständerat gewählt worden.

Erika Forster

Welches war Ihr grösster Erfolg in Bundesbern?

Vorausschicken möchte ich, dass erfolgreiche Lösungen selten von Einzelpersonen erarbeitet, höchstens angestossen werden. Erfolgreich angestossen habe ich den verfeinerten Risikoausgleich im Rahmen der neuen Spitalfinanzierung. Dank stetiger Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen der eigenen Partei, wie über die Parteigrenze hinweg, konnten mehrheitsfähige Vorlagen für den UNO-Beitritt, Verbesserungen für die KMU z. B. durch die Revision der Unternehmenssteuern, ein neues Scheidungsrecht und die Managed-Care-Vorlage erarbeitet werden.

Wen oder was werden Sie am meisten vermissen?

An unserer Gesetzgebung auf schweizerischer Ebene mitzugestalten, ist eine spannende Aufgabe, insbesondere in den Kommissionen, wo um Lösun-

gen gerungen wird. Ich hatte das Privileg, in fast allen Kommissionen des Ständerates mitzuwirken und während eines Jahres den Ständerat zu präsidieren. Das hat mir Gelegenheit gegeben, auch internationale Kontakte mit anderen Parlamentspräsidien zu knüpfen. Vermissen werde ich sicher die vielen interessanten Begegnungen und Gespräche im Bundeshaus, die Zusammenarbeit mit den kompetenten Mitarbeitenden der Verwaltung und natürlich auch all die Menschen, zu denen ich innerhalb und ausserhalb der Partei in den vielen Jahren eine freundschaftliche Beziehung entwickelt habe.

Wie sehen Ihre Zukunftspläne aus?

Ich werde mich vermehrt den Verwaltungsmandaten, insbesondere in unserer Unternehmung, widmen.

Haben Sie Tipps für die neuen Fraktionsmitglieder?

Die brauchen sie, als erfolgreiche kantonale Parlaments- oder Regierungsmitglieder, gewiss nicht. Die Grundla-

ge, um sich Gehör zu verschaffen und Mehrheiten zu bilden, liegt in Bern wie anderswo im aufmerksamen Zuhören, sich über die Parteigrenzen hinweg zu vernetzen und mit grossem Einsatz auf ein Ziel hinzuarbeiten.

Welche Wünsche hegen Sie für die neue Fraktion?

Dass sie die erfolgreiche Politik der Freisinnigen hartnäckig fortsetzt und dass es ihr vor allem gelingt, die Erfolge dieser Arbeit noch besser als in den letzten Jahren nach aussen zu tragen.



Erika Forster startete ihre politische Karriere mit ihrer Wahl in den Grosse Gemeinderat der Stadt St. Gallen. 1982 präsiidierte sie diesen als erste Frau. Von 1988 bis 1995 war sie Mitglied des Grosse Rates des Kantons St. Gallen, den sie zum Abschluss ebenso präsiidierte. Seit 1995 vertrat sie den Kanton St. Gallen im Ständerat in Bern. 2009/2010 war Erika Forster Präsidentin des Ständerates. Als Fraktions-Vi-

zepräsidentin ist sie ausserdem Mitglied des Vorstands der FDP.Die Liberalen. Sie gehörte unter anderem auch dem FDP-Energieausschuss an. Erika Forster ist zudem Präsidentin der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) und Mitglied des Vorstandes des Vereins «Minergie». Nach ihrem Abschied aus der nationalen Politik will sie sich auf diese und weitere Mandate konzentrieren.

Vier abtretende Parlamentarier verraten, was sie am meisten bewegt hat

Au revoir



Marianne Kleiner (NR / AR)

Auf der Sachebene, dass ich mithelfen konnte, den Bundeshaushalt zu sanieren und Schulden abzubauen, sowie die unverantwortlichsten Ausbaupläne in den Sozialversicherungen zu verhindern. Auf der persönlichen Ebene, dass es mir als Vizepräsidentin und als Interimspräsidentin gelang, die FDP in ihren schwierigsten Phasen zu unterstützen und zu stabilisieren. Besonders stolz bin ich, dass das liberale Appenzell Ausserrhoden nach wie vor der einzige Kanton ist, der 100 Prozent FDP-Parlamentarier nach Bern sendet!



Peter Briner (SR / SH)

Ich freue mich, dass es mir gelungen ist, mit dem Parlamentarischen Verein Schweiz–USA einen regelmässigen, unbürokratischen Kontakt zum US-Kongress aufzubauen. Zusammen mit dem US-Congressional Caucus Friends of Switzerland, bei dessen Gründung wir dabei sein konnten, gibt es nun auf Parlamentarier-Ebene eine Plattform, wo wir unsere jeweiligen Positionen erklären und vertreten können. Das trägt zum gegenseitigen Verständnis bei.



Edi Engelberger (NR / NW)

Besonders erfreut war ich, dass mit meiner Wahl 1995 zum Nationalrat, nach 123 Jahren endlich wieder einmal ein «Nidwaldner Liberaler» in Bern wirken konnte. In diesen 16 Jahren habe ich mich sehr erfolgreich auch für die Interessen meines Kantons eingesetzt. Darauf bin ich stolz!



Rolf Schweiger (SR / ZG)

Das schönste Erlebnis war wohl meine Wahl zum FDP-Präsidenten an der DV in Chur, wo ich förmlich die Hoffnungen spürte, die man in mich setzte. Sie schliesslich nicht erfüllen zu können, bedaure ich noch immer.



Gysin Hans Rudolf BL

Ausserdem danken und verabschieden wir:



Brunshwig Martine GE



Büttiker Rolf SO



Caviezel Tarzsius GR



Favre Charles VD



Flück Peter BE



Forster-Vannini Erika SG



Leumann Helen LU



Marty Dick TI



Messmer Werner TG



Perrinjaquet Sylvie NE



Ruey Claude VD



Triponez Pierre BE

Bundesrat Johann Schneider-Ammann auf Wirtschaftsmission in Brasilien und Chile

Die Zukunft liegt auch in Südamerika

Ich wurde gebeten, einmal näher über eine Wirtschaftsmission zu berichten. Darum möchte ich Sie, liebe Freisinnige, kurz über meinen letzten Arbeitsbesuch in Südamerika informieren. Diese Reise nach Brasilien und Chile liegt bereits ein paar Tage zurück. Die Tage in Südamerika waren äusserst interessant und erfolgreich. Insgesamt traf ich sechs Minister, vier in Brasilien und zwei in Chile. Dazu kamen Gespräche mit dem Vize-Gouverneur von São Paulo und mit der Spitze des Industrieverbandes dieses brasilianischen Bundesstaats, der von grösster wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Wir waren bei den richtigen Leuten und konnten die Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und den beiden Ländern festigen. Der riesige Schwellenmarkt Brasilien dürfte für unsere Aussenwirtschaft und damit für die hiesigen Arbeitsplätze eine stets wichtigere Rolle spielen. Und Chile, «die Schweiz Südamerikas», gibt sich als Plattform und Investitionsdestination zum Aufziehen von Aktivitäten über den ganzen Kontinent. Die ansässigen Schweizer Unternehmer, die wir auf unserer Botschaft trafen, bestätigten die vielen Vorteile. Kurz: Südamerika war eine Reise wert! Zu Gunsten der Schweizer Wirtschaft.

Die Wirtschaftsmission dauerte vom 12. bis am 18. Oktober 2011. Dabei begleiteten mich rund 20 Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter sowie zwei Regierungsräte. Wie läuft ein solches Programm ab? Zum Auftakt des Besuchs, am 13. Oktober, führte ich in Brasilia offizielle Gespräche mit Wirtschaftsminister Pimentel, Bildungsminister Haddad, Wissenschaftsminister Mercadante sowie Aussenminister Patriota. Am Mittag lud der nationale Industrieverband CNI die gesamte Delegation zum Arbeitessen ein, an dem auch Wirtschaftsminister Pimentel teilnahm. Am zweiten Tag begab ich mich nach São Paulo. Hier stand der Kontakt mit Wirtschaftsvertretern im Vordergrund. An einem Anlass zum Thema Währungsschwankungen, der vom dortigen Wirtschaftsverband FIESP in enger Zusammenarbeit mit dem Swiss Business Hub durchgeführt wurde, sprach ich über Herausforderungen und Massnahmen in Bezug auf den starken Franken. Weiter nahm ich an einer Veranstaltung zur Förderung des



Die Währungsschwankungen, denen Brasilien und die Schweiz gegenüberstehen, sind Thema einer Konferenz in São Paulo. Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann erläuterte in seiner Rede Herausforderungen und Massnahmen in Bezug auf den starken Franken.

Schweizer Tourismussektors teil. Zum Abschluss des Brasilianteils der Reise besuchte ich mit meiner Delegation die Firma Sulzer.

Mit dem Besuch der Firma Clariant startete der zweite Teil der Wirtschaftsmission in Chile. Anschliessend traf ich während meiner Kurzvisite in der Hafenstadt Valparaíso den dortigen Bürgermeister zum Mittagessen. Die offiziellen Gesprächen in der Hauptstadt Santiago standen am nächsten Tag auf der Agenda: Am 17. Oktober traf ich Wirtschaftsminister Longueira und Aussenminister Moreno.

Beziehungspflege mit wichtigen Partnern

Von meinem Besuch in Südamerika ziehe ich eine positive Bilanz. Brasilien entwickelt sich stark. Noch haben

wir leider wenige Wirtschaftsabkommen mit diesem Land (kein Freihandelsabkommen, kein Investitionsschutzabkommen, kein Doppelsteuerabkommen). In Brasilien brachte ich daher das Thema Freihandelsabkommen bei allen Gelegenheiten vor. Im Bereich Doppelbesteuerung braucht es auch Fortschritte. Es ist somit umso wichtiger, die Beziehungen auf allen Stufen zu pflegen. In den Bereichen Berufsbildung und trilaterale Entwicklungszusammenarbeit besteht zudem auch Erweiterungspotenzial.

Mit Chile sind die Wirtschaftsbeziehungen ausgezeichnet. Wir haben seit 2004 ein Freihandelsabkommen, seit letztem Jahr ein Doppelbesteuerungsabkommen, und seit 1999 ein Investitionsschutzabkommen. In Chile ging es darum, die schon sehr guten

Wirtschaftsbeziehungen noch zu verbessern.

In beiden Ländern war es mir eines der wichtigsten Anliegen, mit den entsprechenden Ministern die Beziehungen zu vertiefen und den schweizerischen Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ebenfalls neue Kontakte zu knüpfen. Die Wirtschaftsmission in Brasilien und Chile war die dritte in diesem Jahr, nach Indien und Russland. Die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu den künftigen Wachstumsmärkten ist für ein Exportland wie die Schweiz von absoluter Notwendigkeit. Genau darum sind Wirtschaftsmissionen in diesen Ländern so wichtig.

So haben wir mit Hongkong und Montenegro 2011 umfassende Freihandelsabkommen unterzeichnet. Mit China haben wir die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen Schweiz-China am WEF 2011 lanciert. Die formelle Eröffnung eines Abkommens mit der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan haben wir am 23. November 2010 in Genf (Ministertreffen EFTA) begonnen. Mit Indien laufen die Verhandlungen. Wir hoffen, in den nächsten Monaten abzuschliessen. Mit Vietnam schliesslich haben wir Machbarkeitsstudien abgeschlossen. Die Verhandlungen sind in Vorbereitung.

Jedes Freihandelsabkommen eröffnet neue Märkte. Gerade heute, mit den bekannten Problemen in Europa, brauchen wir diese Märkte. Ich mache mit meinen Aktivitäten weiterhin alles dafür, diese für unsere Wirtschaft zu öffnen.

Ihr Bundesrat
Johann Schneider-Ammann

Dank an alle Mitglieder für die Unterstützung

Enttäuschende Wahlergebnisse, aber auch einige Lichtblicke

Unser Wahlergebnis enttäuscht, auch wenn wir mit 15,1 Prozent weiterhin klar drittstärkste Partei bleiben. Neben Schatten gab es aber auch Lichtblicke mit Sitzgewinnen in verschiedenen Kantonen. Das zeigt, wie wir zum Erfolg zurückfinden. Für die Kantonalparteipräsidenten ist deshalb klar, dass am Kurs als liberales Original rechts der Mitte ebenso wenig geändert wird wie an der Fokussierung auf die Themen Arbeitsplätze, Sozialwerke und Bürokratie-Stopp.

Vincenzo Pedrazzini,
Wahlkampfleiter FDP.Die Liberalen

Alle Medien hatten der FDP ein Wahldesaster vorausgesagt. Verloren haben wir tatsächlich – die Bundeshausfraktion wird zirka fünf Sitze weniger zählen. Das ist enttäuschend. Doch verloren haben alle etablierten Parteien. SVP, FDP, CVP, SP und Grüne verloren alle an die neuen Mitteparteien, deren Programm entweder ein attraktiver Name (glp) oder eine Bundesrätin (BDP) ist und die nun auf je zirka 5 Prozent Wähleranteil kommen. Noch stehen einige Ständeratswahlen an. Eine erste Bilanz kann aber gezogen werden.

Garstiges Umfeld

Die Ausgangslage für die FDP war schwierig. Erstens bestimmten externe Krisen (Bankenkrise, Fukushima) das Interesse der Wähler. Gerade Fukushima war für die FDP, welche Technologie als Schlüssel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme anpreist, negativ. Zweitens machten mit glp und BDP zwei neue, unbelastete Parteien Konkurrenz. Drittens warnte die FDP zwar seit 2010 vor den Folgen der Schuldenkrise Europas, diese beginnen aber erst jetzt – nach den Wahlen – mit Arbeitsplatzabbau richtig spürbar zu werden. Schliesslich müssen wir gegen enorme Vorurteile der Medien kämpfen. Diese blendeten Tatsachen aus: dass die FDP in neun der letzten zehn Jahren die wirksamste Partei im Parlament war und wir die KMU-freundlichste ebenso wie liberalste Partei sind. Fazit: Der Kampf für Tatsachen und gegen Vorurteile



Vincenzo Pedrazzini

braucht neben der bereits in den vergangenen Jahren klaren Positionierung gegen Exzesse in der Wirtschaft vor allem Zeit und Stehvermögen.

Gemeinsamer Wahlkampf gelungen

Gemäss Umfragen machte die FDP den zweitbesten Wahlkampf. Das wurde neben dem enormen Einsatz unserer Mitglieder und Kandidaten durch das konsequente Umsetzen der Lehren aus den Wahlen 2007 ermöglicht. 2008 beschloss die Delegiertenversammlung einen national einheitlichen Auftritt von Webseiten bis zu Wildplakaten, eine Mitgliederdatenbank und einen Wahlkampfonds. Von Genf bis Rorschach sind die FDP-Plakate und unser Leitspruch «Aus Liebe zur Schweiz» aufgefallen. Dank Adressdatenbank erfolgte die Schluss-

mobilisierung per Mail erfolgreich und dank dem Wahlkampfonds hatten wir 2011 knapp 0,7 Millionen Franken zusätzliche Mittel für den Wahlkampf.

Rolle der Listenverbindungen

Die Rolle der Listenverbindungen wurde im Vorfeld der Wahlen stark diskutiert. Tatsächlich verlor die FDP drei Sitze an fragwürdige Listenverbindungen kleiner Mitteparteien (z. B. TG), welche sich hemmungslos von links bis zur nationalkonservativen EDU ins politische Lotterbett (z. B. glp in BS, AG und GR) legten. Listenverbindungen mit diesen Parteien und der CVP hätte nicht Verluste verhindert, aber mehr Sitzgewinne ermöglicht; nichts gebracht hätten Listenverbindungen mit der SVP. Ob die FDP sich generell für eine Beschränkung der Listenverbindungen einsetzen soll, wird die Parteipräsidienkonferenz prüfen.

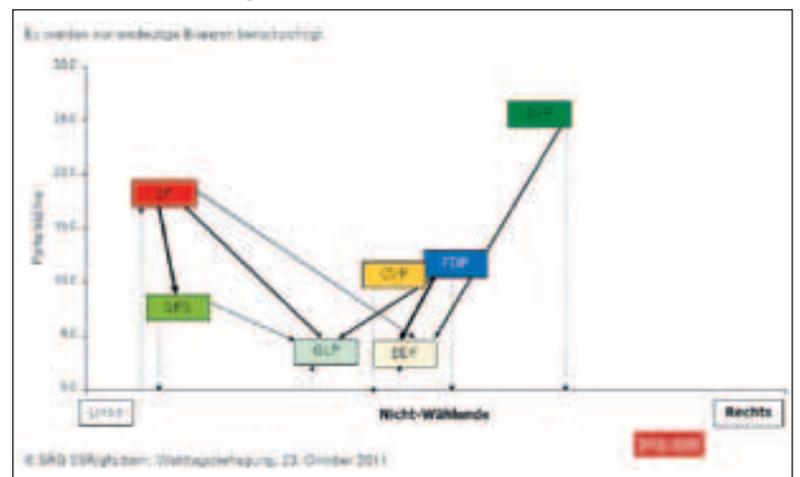
Positionierung stimmt

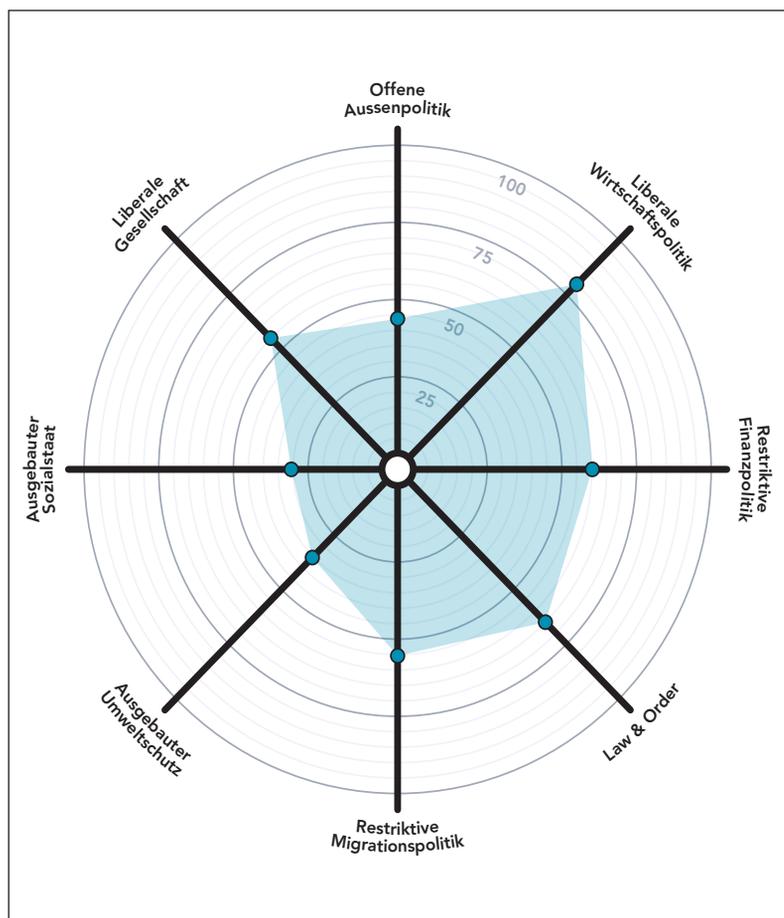
Die Positionierung als liberales Original rechts der Mitte war richtig und ist eine Investition in die Zukunft. Kurzfristig erschwerte dies wegen der Bundesratswahl Listenverbindungen mit der BDP, doch die Strategie der CVP als Steigbügelhalterin von BDP und glp hat sich bereits als Bumerang erwiesen. Zudem erhält die FDP von Mitteparteien und der SVP gleich viele Panaschierstimmen, was die unabhängige Positionierung auch als zukunftsweisend bestätigt. Die SVP wird wegen neuer Parteien am rechten Rand nationalistischer werden, wovon wir ebenso profitieren können wie vom Abdriften der neuen Mitte nach links.

An Kernthemen festhalten

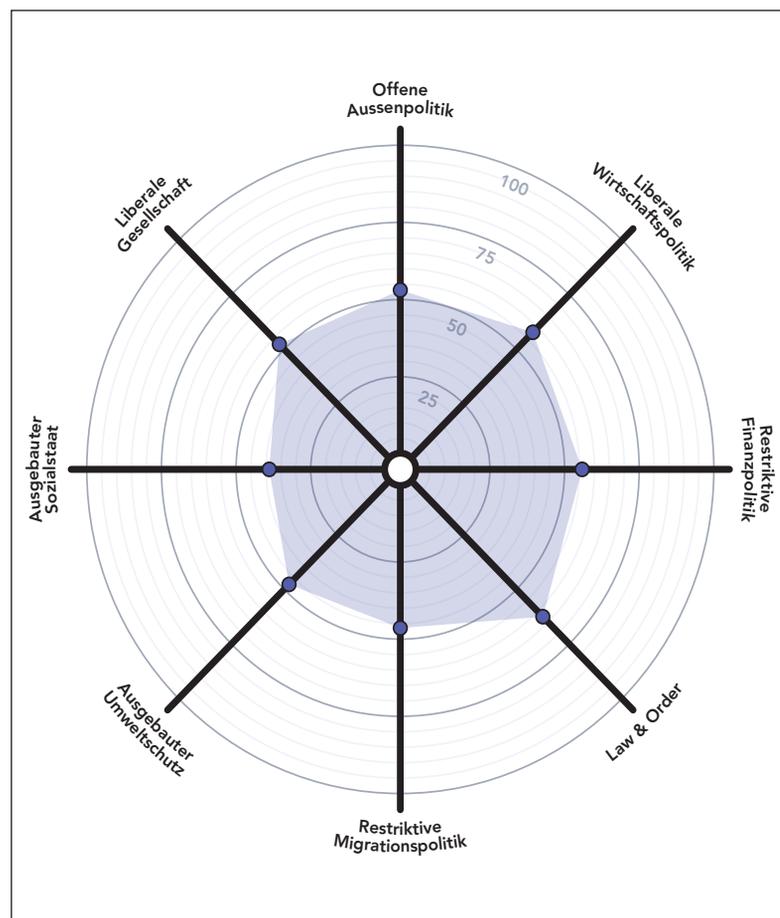
Auch thematisch soll an den Kernthemen festgehalten werden. Heute beginnt man wieder zu wissen, wofür die FDP steht – für mehr Arbeitsplätze,

Wählerstromanalyse aufgrund der Parteistärken und der Positionierung auf der Links-Rechts-Achse





Dieser smartspider zeigt die Neugewählten der FDP-Liberale Fraktion für die Legislatur 2011–2015. QUELLE: SMARTVOTE.CH



Dieser smartspider ergibt sich aus den Spidern aller Parlamentarier für die Legislatur 2011–2015. QUELLE: SMARTVOTE.CH

sichere Sozialwerke und weniger Bürokratie. In all diesen Bereichen hat sich die FDP als glaubwürdigste bürgerliche Partei positionieren können. Diesen Weg müssen wir fortsetzen, um die Marke *FDP. Die Liberalen* noch klarer zu profilieren und zu stärken. Das schliesst aber nicht aus, dass die Konkretisierung der Kernthemen auf die in den kommenden Jahren zentralen Herausforderungen notwendig ist.

Erfolgreich war auch die Abgrenzung gegen rechts mit klaren Positionsbezügen in der Aussen- (Ja zu den Bilateralen, Nein zur EU) und Migrationspolitik. Zusammen mit guten Botschaftern wurde die Abwanderung zur SVP seit 2010 gestoppt. Hingegen konnten wir unsere Umweltpolitik – unabhängig von Fukushima – zu schlecht vermitteln. Hier muss sich unsere Partei in den kommenden Jahren mit liberalen Vorschlägen statt Anbieterung an die Lösungen von Links verbessern und unsere Positionen besser mit der Arbeitsplatz- und der Bürokratiefrage verbinden.

Herausforderungen

Die konkreten Massnahmen werden in den kommenden Woche präzisiert. Die Baustellen sind bessere Kommunikation und Medienkompetenz der Partei wie der Mandatsträger, die noch stärkere Unterstützung für die Sektionen, damit alle Ortsparteien lebendig und leidenschaftlich die Bürgerinnen und Bürger von der liberalen Politik überzeugen können, sowie Nachwuchsförderung. Zudem gilt es die Parteispitze neu zu besetzen. Fulvio Pelli tritt nach sieben Jahren nicht mehr zur Wiederwahl an – statutarisch ist das Präsidialamt sowieso auf acht Jahre beschränkt. An der Delegiertenversammlung vom 17. März werden sich die Kandidierenden präsentieren; die eigentliche Wahl wird nach einer Wahlkampf tour in den Sektionen an der Delegiertenversammlung vom 21. April 2011 erfolgen.

Dank an alle Kandidierenden und Helfer/-innen

Leistung lohnt sich auch im Wahl-

kampf. In einigen Kantonen konnte die FDP Wähleranteile gewinnen (Neuenburg, Wallis, Schwyz) und in anderen Mandate (Schwyz, Zug und einen Ständerat in Graubünden). Diese Erfolge waren vor allem dank dem enormen Einsatz der Kandidaten und Parteimitglieder möglich. Viele hundert Stunden haben all diese Personen auf Freunde und Familien verzichtet und für unsere Partei und eine liberale Schweiz investiert.

Dieses Engagement lohnt sich nicht immer – aber es kann sich lohnen: So deklassierte der 31-jährige Andrea Caroni den amtierenden SVP-Regierungsrat Köbi Frei um Längen und verteidigte so erfolgreich den einzigen Appenzeller Nationalratspräsident. Obwohl Andrea Caroni in den letzten drei Jahren in Bern arbeitete und in Harvard studierte, erreichte er dieses Resultat, indem er in den letzten Monaten täglich an allen möglichen Anlässen und in jedem Restaurant und Verein des Kantons auftrat. Appenzell ist nicht die Schweiz, doch wir müssen und

wollen generell mehr zum Bürger und zu den Bürgerinnen. Wir müssen den Mut zum Gang auf die Strasse haben, sei es bei Unterschriftensammlungen oder Standaktionen. Wenn der Bürger im Gespräch unsere Vertreter «spürt» und unsere differenzierte Politik erklärt bekommt, gewinnen wir sein Vertrauen.

Nach einem intensiven Wahlkampf mit unzähligen Begegnungen mit Kandidierenden und Mitgliedern weiss ich, dass unsere Partei die besten Köpfe hat, dass wir zum Anpacken bereit sind und Verantwortung für unser einzigartiges Land tragen wollen. Trotz gesamthaft enttäuschenden Resultaten müssen wir nun dieses Feuer für liberale Ideen weitertragen und entfachen. Zuerst in kommunalen und kantonalen Wahlen und dann 2015 in den nächsten Nationalratswahlen. Auf den Wahlen 2011 lässt sich aufbauen. Ich freue mich auf die weitere gute Zusammenarbeit – aus Liebe zur Schweiz!

Bundesratswahlen, Konkordanz, Ansprüche: Eine Auslegung

Am 14. Dezember finden Gesamterneuerungswahlen für den Bundesrat statt. Schon jetzt fliegen die Fetzen, und die Politologen und selbsternannten Experten geben ihre Meinung zum Besten oder Zweitbesten. Zeit für eine sachliche Auslegung.

Tatsächlich hat die Schweiz ein weltweit einzigartiges Regierungssystem mit Initiativen, Referenden und eben der Konkordanz. Diese drei Faktoren stehen in einem stabilen Verhältnis zueinander, sie halten das ganze System in einer Balance und lassen es wie ein Schweizer Uhrwerk laufen. Doch wird einer dieser Faktoren verändert, wird das ganze System verändert. Bevor man sich also über die Ausgestaltung der Konkordanz Gedanken machen kann, muss man sich die Fragen stellen, warum es diese Konkordanz überhaupt braucht.

Aus den eingangs erwähnten Punkten wird ersichtlich, dass es um Stabilität geht. Initiativen und Referenden sind in unserem Politsystem starke Instrumente, Impulse zu geben. Aber sie können unser System auch blockieren. Ziel der Konkordanz ist es nun, genau solche Blockaden zu verhindern, da die Bundesräte ihre eigenen Parteien überzeugen können, Kompromisse mitzutragen. Der Sinn der Konkordanz ist also, dass die stärksten Parteien und Kräfte gleichmässig in die Ent-

scheidungen, Kompromisse und Problemlösungen eingebunden werden.

Definition Konkordanz

Mit diesem Ziel im Hintergrund kann man sich nun Gedanken machen, wie die Konkordanz ausgestaltet sein soll. Konkordanz bedeutet nicht die Einbindung aller Kräfte. Tatsächlich vertraten die vier stärksten Parteien 1991, welche auch gleichzeitig im Bundesrat Einsitz nahmen, zusammen gerade nur 69,4 Prozent des Parlamentes. Das heisst, arithmetische Konkordanz bedeutet nicht die Einbindung aller, sondern nur der stärksten Parteien. Jedoch müssen mindestens zwei Drittel des Parlamentes durch den Bundesrat abgebildet werden, sonst drohen Blockaden. In der Konsequenz bedeutet das auch, dass irgendwelche Allianzen oder Blöcke nicht zur «Berechnung» gezogen werden können.

Konkordanz heisst also die gleichmässige Einbindung der stärksten Parteien. In der Folge bedeutet dies, dass die drei wählerstärksten Parteien je zwei Sitze haben, während die vier-

stärkste Partei einen Sitz hat. Damit wären 72,7 Prozent des Parlamentes im Bundesrat abgebildet.

Andere Systeme sind instabil

Die Folgen dieser Überlegungen liegen auf der Hand: Die BDP hat mit 5,4 Prozent nach den Regeln der Konkordanz keinen Anspruch auf einen Bundesratssitz. Es ist natürlich schade, wenn man gewählte Mitglieder der Landesregierung nicht mehr bestätigen kann. Schlussendlich geht es aber im Bundesrat nicht um Personalentscheide, sondern um die Stabilität des Systems. Das heisst in anderen Worten, Stabilität bedeutet nicht Stabilität in der personellen Zusammensetzung, sondern in der institutionellen Ausgestaltung. Die Konkordanz und somit die Stabilität in unserem Land zu bewahren heisst auch, eine Absage an irgendwelche Systemwechsel zu erteilen, so z. B. der Volkswahl des Bundesrates.

Schaut man sich in Europa um, so sieht man verschiedenste Regierungssysteme. Die meisten haben eines gemeinsam: Sie sind notorisch instabil. Opposition und Regierungsparteien liegen sich in den Haaren – Auseinandersetzungen, Proteste und Streit sind die Folgen. Anders in der Schweiz, wo die Konkordanz einer der Grundpfeiler der Stabilität ist.

Unser Ziel heisst Konkordanz

Die Schweiz steht an der Schwelle einer Wirtschaftskrise: In vielen Unternehmen kommt es zu Entlassungen. Doch gerade in solch schweren Zeiten war Stabilität für unser Land schon ein zentraler Erfolgsfaktor. Das ist auch heute nicht anders: Nur dank stabilem Regierungssystem wird die Schweiz auch diese kommende Krise besser als andere Staaten überwinden können. Deshalb sind bei den kommenden Bundesratswahlen Experimente fehl-

am Platz: An der Konkordanz als Grundpfeiler des Schweizer Erfolgsweges soll nicht gerüttelt werden.

Daraus resultiert in letzter Konsequenz auch die klare Haltung der *FDP. Die Liberalen*: Nach den Wahlen vom 23. Oktober ist unsere Partei die drittstärkste Partei und stellt Anspruch auf zwei Bundesratssitze. Wir stehen also weiterhin zur Konkordanz und werden uns auch am 14. Dezember daran halten, falls dies die anderen Parteien tun. Folglich ist das oberste Ziel für unsere Fraktion, unsere beiden Bundesräte zu bestätigen. Beide leisten hervorragende Arbeit und neigen, im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Landesregierung, nicht zu Effekthascherei.

Die Konkordanz bringt der Schweiz sehr viel: politische Stabilität, sozialen Frieden, hohe Konfliktlösungsfähigkeit, Problemlösungen durch Kompromisse und die Gewährleistung des Gleichgewichts zwischen Volk, Bundesversammlung und Bundesrat. Wägen wir in dieser Zeit der Krisen keine Experimente!

Drei Argumente gegen die Volkswahl des Bundesrat

Immer wieder wird über eine mögliche Volkswahl des Bundesrates diskutiert. Die Folgen eines solchen Systemwechsels wären für unser Land negativ. Die Konkordanz und somit unser bewährtes politisches System würden über den Haufen geschmissen – Stabilität und Wohlstand wären akut gefährdet. Die Gründe dafür sind offensichtlich:

1. Würde die Volkswahl des Bundesrates den Populismus in der Schweiz verstärken, denn die Bundesräte befänden sich ständig im Wahlkampf. Lösungsorientierte Sachpolitik wäre

nicht mehr möglich.

2. Würden neue politische Blockaden drohen, wenn die Parteistärke nicht mehr der ausschlaggebende Faktor für die Zusammensetzung des Bundesrat wäre.

3. Würde die Schaffung von amerikanischen Verhältnissen drohen: Wahlkämpfe würden Millionen kosten, weil besonders viel auf dem Spiel steht. Das Geld dafür würde von Gewerkschaften, Unternehmen oder Verbänden kommen. Die völlige Unabhängigkeit der gewählten Bundesräte wäre nicht mehr garantiert.

Die Gefahr von Mitte-links

Der Gemischtwarenladen von CVP/GLP/SP/GP könnte versuchen, die Konkordanz umzustossen. Die Folge wäre offensichtlich: Der Schweiz droht eine Mitte-Links-Regierung mit allen negativen Konsequenzen – Kostenexplosion, Steuererhöhungen und politische Instabilität. In den 90er-Jahren – als die Schweiz von Mitte-Links regiert wurde – stieg die Verschuldung von 32 bis 56 Prozent BIP. Gleichzeitig darf das Gerangel um Sitze nicht Anlass zu Allianzbildung geben, denn dann würde die Schweiz endgültig in ein Koalitionsoppositionssystem abrutschen.



Die Geschichte der Konkordanz: Die Konkordanz ist einige Jahrzehnte alt. Ursprünglich war das Schweizer Regierungssystem als «normales» Mehrheitssystem konzipiert. Die Gefahr von Referenden, der Föderalismus und Proporzwahlrecht führte aber im 20. Jahrhundert zum Umbau des Systems. Gerade die wachsende Macht der Wirtschaftsverbände in den Krisen der Dreissigerjahre machte deren Einbindung in die politischen Prozesse notwendig. Daraus resultierte die Frage der parteipolitischen Konkordanz. Diese fand ihre definitive Umsetzung in der Zauberformel (2/2/2/1), die bis heute (noch) anhält.



Strategie ging auf: Kein Polittheater auf Kosten der Auslandschweizer

Die Schweiz hat gewählt – auch die fünfte Schweiz. Eine kleine Analyse.

Im Gegensatz zu den anderen Parteien ist die *FDP.Die Liberalen International* nicht mit eigenen Listen zu den Wahlen angetreten. Vielmehr wurden ausgewählte Kandidaten in den Kantonen unterstützt, von welchen gleich vier den Sprung ins Parlament geschafft haben. Die Rechnung der FDP International ist also aufgegangen.

Was wählten Auslandschweizer?

Eine erste Analyse der Resultate bringt es zu Tage: Auslandschweizerlisten waren entweder erfolglos oder hatten mit der fünften Schweiz wenig zu tun, weil lokale Kleinprominenzen als Zugpferde auf den Listen standen. Ganz generell gesehen haben also alle Auslandschweizerlisten schlecht abgeschnitten. Die Zeit für einen Auslandschweizer im Parlament scheint noch nicht reif zu sein. Fazit: Auslandschweizerlisten waren auch in diesem Jahr in erster Linie ein Polittheater. Eine der Fragen, die aus Sicht der FDP

international am meisten interessiert ist, wer denn die Stimmen der Auslandschweizer bekommen hat. Die Ergebnisse im Kanton Aargau und Genf, wo die Auslandschweizer als eigene politische Gemeinde geführt werden, zeigen, dass Auslandschweizer nicht Auslandschweizerlisten sondern auch die Hauptlisten wählten, heisst: Auslandschweizer geben nicht Auslandschweizern ihre Stimme. Politisch gewinnen bei den Auslandschweizern die etablierten Parteien FDP, SVP, CVP und SP am meisten. Die Grünen können ebenfalls auf Unterstützung der fünften Schweiz zählen. Die neuen Parteien schneiden aber schwach ab.

Erfolge für die FDP International

FDP.Die Liberalen International ging einen pragmatischeren Weg. Sie setzte nicht auf Listen, sondern auf Themen und Köpfe. Damit wichtige Forderungen der fünften Schweiz ihren Weg in die nächste Legislatur finden, unter-

stützte die *FDP.Die Liberalen International* 25 ausgewählte Kandidaten in 14 Kantonen. All diese Kandidaten mussten einen Bezug zum Ausland aufweisen. Dieser Weg hat sich ausgezahlt. Die Auslandschweizer haben im künftigen Parlament vier liberale Vertreter, die sich für die Anliegen der fünften Schweiz einsetzen wollen: Andrea Caroni, AR, neu; Markus Hutter, ZH, bisher; Peter Malama, BS, bisher; Christian Wasserfallen, BE, bisher.

Die Auslandschweizer unter den Kandidaten der FDP haben aber leider den Einzug ins Parlament verpasst. Doch die guten Resultate für Cédric Baecher in Bern, Samuel Lanz in Basel-Stadt und Helen Freiermuth in Zürich sind der Lohn für ihren unermüdlischen Einsatz. Gerade die in China lebende Helen Freiermuth, welche im Kanton Zürich auf der FDP-Hauptliste stand, hat allen Grund, sich zu freuen: Sie erzielte von allen Auslandschweizern mit Abstand das beste Ergebnis.

FDP.Die Liberalen International

Ein globales Netzwerk für eine offene und moderne Schweiz
Samuel Lanz, Basel (Schweiz)
Helen Freiermuth, Yantai (China)
François Baur, Basel (Schweiz) und Brüssel (Belgien)
Martin Silberstein, Singapur (Singapur)
Rudolf Wyder, Bern (Schweiz)
 ex officio **Stefan Brupbacher**, FDP-Generalsekretär

Ihre Fragen oder Anregungen richten Sie bitte direkt an die Vorstandsmitglieder oder an

FDP.Die Liberalen International
 Samuel Lanz
 Postfach 6136
 CH-3001 Bern
 Tel. +41 31 320 35 35
 Fax +41 31 320 35 00
 lanz@fdp.ch

Bundesrat Johann Schneider-Ammann kämpft gegen absurde Bürokratie

Kürzlich hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann zu einem runden Tisch gegen absurde Bürokratie geladen. Unter seiner Leitung diskutierten Vertreter der Wirtschaft, der Bundesverwaltung, der Kantone und Gemeinden über konkrete Massnahmen zum Bürokratie-Stopp.

Die Wirtschaftsaussichten der Schweiz haben sich in den letzten Monaten immer mehr verdüstert. Der starke Schweizer Franken macht gerade dem Export das Leben schwer, und die Arbeitslosigkeit ist seit langem erstmals wieder gestiegen. Die FDP hat bereits im Februar ein Massnahmenpaket unter dem Motto «Fitnesskur für die Schweiz» lanciert. Unter anderem müssen die Standortvorteile

des Arbeitsplatzes Schweiz weiter gestärkt werden. Das heisst: Bürokratie abbauen!

Unser Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat an einem runden Tisch gegen Bürokratie mit Vertretern aller Beteiligten über konkrete Massnahmen diskutiert. Es wurden auch wichtige Anliegen der FDP besprochen, wie zum Beispiel der Mehrwertsteuer-Einheitssatz sowie die elektro-

nische Zollabwicklung für Export-KMU. Gerade dieses e-Zollverfahren ist für die schwer gebeutelten exportorientierten KMU ein sehr wichtiger Schritt zu weniger Bürokratie. Nur durch solche Erleichterungen können die KMU ihre Arbeitsplätze auch in schwierigen Zeiten erhalten. Somit ist dies nicht nur ein Kampf gegen absurde Bürokratie, sondern insbesondere für Schweizer Arbeitsplätze.

Unterschreiben Sie deshalb diesen Unterschriftenbogen und senden Sie ihn an folgende Adresse:

FDP.Die Liberalen
Generalsekretariat
Initiativkomitee
«Bürokratie-Stopp!»
Neuengasse 20
Postfach 6136
3001 Bern

Eidgenössische Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 12.10.2010. Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung^(SR 101) vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 9 a (neu) Unbürokratischer Gesetzesvollzug

Jede Person hat Anspruch darauf, dass:

- a. Gesetze verständlich sind und einfach, unbürokratisch und effizient angewandt werden;
- b. Verwaltungen und Gerichte ihre Angelegenheiten schnell, einfach und unbürokratisch behandeln.

Art. 94 Abs. 3 zweiter Satz (neu)

«...Dazu treffen sie Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für die Wirtschaft so gering wie möglich zu halten; sie berücksichtigen dabei insbesondere die Anliegen der Kleinst- bis mittelgrossen Unternehmen.»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten berechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton	PLZ	Politische Gemeinde				
Nr. Name	Vorname	Geburtsdatum	Wohnadresse	Unterschrift	Kontrolle	
	handschriftlich in Blockschrift	handschriftlich in Blockschrift	Tag, Monat, Jahr	Strasse, Hausnummer	eigenhändig	leer lassen
1						
2						
3						
4						

Bitte sofort vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden an das Initiativkomitee «Bürokratie-Stopp!», c/o FDP.Die Liberalen Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6176, 3001 Bern. Mehr Informationen oder Bestellung beziehungsweise Herunterladen von Bögen: www.buerokratie-stopp.ch

Die untenstehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Ablauf der Sammelfrist: 12.04.2012.

Von der Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort	Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson	Amtliche Eigenschaft
Datum		Eigenhändige Unterschrift

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:

Bigler Hans-Ulrich, Alpenblickweg 13, 8910 Affoltern a.A./Caviezel TanziSus, Cavaliestrasse 27, 7272 Davos-Clavadel / Hutter Markus, Hegmatenstrasse 3, 8400 Winterthur / Malana Peter, Oscar Frey-Strasse 14, 4059 Basel / Moret Isabelle, Avenue du Théâtre 7, 1002 Lausanne / Pelli Fulvio, Via Tami 16, 6824 Soerigo/Weiss Pierre, Route des Mängens 1, 1286 Soral.

Impressum: Verlag/Redaktion: FDP.Die Liberalen, Generalsekretariat, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern.



FDP

Die Liberalen



Erbschaftssteuer verhindern. Arbeitsplätze sichern. **Aus Liebe zur Schweiz.**

Mit der Erbschaftssteuer wollen die Linken Ihr Portemonnaie plündern und zerstören dabei Unternehmen und Arbeitsplätze.
Dagegen kämpft die FDP.

Die FDP. Die Liberalen fordert

- › keine Erbschaftssteuer
- › keine Streichung von Steuerabzügen ohne ausgleichende Steuersenkungen
- › radikal einfachere Steuererklärung
- › weniger Bürokratie dank MwSt-Einheitssatz